

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 29/30 vom 9. August 1985

19. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

100 Tage
Hoffmann-
Prozeß —
Seite 7

Führt
Kapitalismus
zum
Faschismus?
— Seite 8

Zur Frauen-
konferenz in
Nairobi —
Seite 11/12

6673

So viele Überstunden machten die Ärzte an 90 der 242 Krankenhausabteilungen des Landes Schleswig-Holstein in einem Monat. Nur ein Viertel davon wird durch Freizeit abgegolten — dafür gibt es eine wachsende Zahl arbeitsloser Ärzte.

Das sind Ergebnisse einer Umfrage des Marburger Bundes. Man kann sicher sein, daß dies ein Schlaglicht auf die Situation an allen Krankenhäusern der BRD ist und nicht nur bei Ärzten — man braucht sich nur an die ewigen Auseinandersetzungen um die Anrechnung von Auszubildenden auf Planstellen zu erinnern.

Aber über solche Themen soll heutzutage gar nicht mehr diskutiert werden. Glaubt man Bonner Aussagen, so gibt es ja eine Ärzteschwemme, die Standesorganisationen powern ebenfalls in diese Richtung. Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist der einzige Begriff, mit dem die Krankenhausversorgung heute in der politischen Debatte steht. Pharmakonzern, Gerätehersteller und Starmediziner sahen dabei kräftig ab.

Ehrlich

Ehrlich kann Alfred Dregger auch sein. Er, der es sich als Verdienst anrechnet, bis zum letzten Blutstropfen — nicht seinem — für Hitler gekämpft zu haben, hat natürlich Verständnis für das südafrikanische Rassistenpack. Wenn er Bure wäre, würde er auch in die Wagenburg gehen und um sich schießen — gegen die Wilden soll das wohl heißen. Daß er gegen ein demokratisches System nach dem Motto „jedem 1 Stimme“ ist, hätte er deutlicher kaum ausdrücken können.

Einen Vorteil gegenüber früheren weißen Herrenmenschen hat er: Die er da beschimpft, skalpieren nicht, auch nicht Alfred.

Alle Tricks helfen nicht

Arbeitslosigkeit steigt weiter

Nur kurze Zeit nachdem von Regierungsseite begonnen wurde, wieder einmal an den Statistiken herumzuschönern, mußte Parteifreund Franke aus Nürnberg mit einer abermaligen Steigerung der Arbeitslosenzahlen vor die Presse treten.

So viele Menschen ohne Arbeit sie auch aus der Statistik entfernen, so sehr sie die übrig gebliebenen Zahlen auch anfechten möchten, es hilft dieser Regierung nichts: Die Zahlen steigen weiter, von einem Aufschwung für Arbeitsplätze kann auch nach nun bald drei Jahren Wenderegierung nicht die Rede sein.

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen ist nun wieder, mitten im Sommer, auf über 2,2 Millionen Menschen angewachsen, eine „Quote“ von 9 Prozent. Daß rund 1,5 Millionen Arbeits-

lose dabei ausgegrenzt sind, ist eine längst bekannte Tatsache.

Da nicht sein kann, was nicht sein darf, versuchten Regierung und ihr Herr Franke auch noch, aus dieser Entwicklung eine angebliche Besserung herauszulesen. Es lag ja nur am Sommer. Da ist der Witz wahrlich nicht zu alt, der die vier Gründe für Arbeitslosigkeit als Sommer, Frühjahr, Herbst und Winter bezeichnet.

Dieser verzweifelte Versuch, die Tatsachen zurechtzubiegen, wird nicht viel weiterhelfen: Daß all die Milli-

ardengeschenke an Unternehmer, als Abbau von Schutzvorschriften nur dazu führt, daß sich die Kapitalisten dumm und dämlich verdienen, während die Millionenarbeitslosigkeit bleibt, ist eine Tatsache, die zunehmend ins öffentliche Bewußtsein dringt, jeden Monat etwas mehr.

Wenn zur fast gleichen Zeit auch noch gemeldet wird, daß die Bundesanstalt für Arbeit in ihrem letzten Jahreshaushalt einen Überschuß von mehr als 3 Milliarden DM erzielt hat, so wird deutlich, wie sehr der Sozialabbau der Wenderegierung hier getobt hat, in welchem Maße hier systematisch die Verarmung immer breiterer Teile der Bevölkerung betrieben wird.

40 Jahre nach Hiroshima



Vor 40 Jahren, am 6. August, warf die US-Luftwaffe die Atombombe auf Hiroshima ab. Alles mögliche wurde zur Verteidigung dieses Verbrechens angeführt: Der Krieg sei abgekürzt, Menschenleben eher noch gerettet worden — erlogen und durchsichtig. Das Zeitalter des Atoms begann als Zeitalter des Atomkrieges. Heute reichen die Arsenale um die ganze Menschen xmal zu vernichten. Viele Worte gibt es in diesen Tagen — viele hohle Phrasen auch von denen, die die Aufrüstung betreiben. Der Kampf gegen die Kriegstreiber, sei es gegen Nicaragua oder gegen Afghanistan, um die Malvinen-Inseln oder um Reste von Kolonialbesitz wie die Kanakei und erst recht gegen jene, die hierzulande nach Revanche und Weltmacht schreien, ist die einzig richtige Konsequenz aus diesem schrecklichen Gedenktag.

Ausnahmezustand

Weiter Terror in Südafrika

Ultimatum der Bergleute

Weiterhin besteht in 36 Bezirken Südafrikas der Ausnahmezustand. Die Polizei geht mit unglaublicher Brutalität gegen jeden Protest vor, der sich gegen die rassistische Politik der Machthaber von Pretoria richtet. Mit Morden und Massenverhaftungen versucht das Regime seine Macht zu behaupten. Aber auch mehr als zwei Wochen nach Verhängung des Ausnahmezustands ist der Widerstand nicht gebrochen.

Kritisch könnte die Situation für das Apartheidsregime werden, wenn die Bergleute, wie sie jetzt ankündigten, aktiv in den Kampf mit einsteigen. Am vergangenen Wochenende hielt die Nationale Bergarbeiter Gewerkschaft NUM einen Kongreß ab. Die Delegierten beschlossen ab dem 25. August einen Streik in allen Gold- und Kohlegruben des Landes. Damit wollen sie für die rund 500.000 schwarzen Bergleute Südafrikas mehr Lohn und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erzwingen. Die Gewerkschafter schätzen, daß sie mit ihrem Streik rund 70 Prozent der Goldminen sowie viele Kohlegruben lahmlegen könnten. Die Gold- und Kohleproduktion ist das wirtschaftliche Rückgrat Südafrikas, ein Streik

hier könnte das System ins Wanken bringen. Die Regierung und die Bergbauunternehmer haben mit Gegenmaßnahmen gedroht. Nach Südafrikanischem Recht könnten sie Streikende entlassen, was für Schwarze die Deportation in die sogenannten Homelands bedeutet, für ausländische Arbeiter die Abschiebung. Aber der Vorsitzende der NUM bemerkte dazu, man bezweifle ernsthaft, daß die südafrikanische Industrie „durch die Entlassung von 200.000 Leuten Selbstmord begeht“. Landesweit ist der Streikaufruf auf breite Zustimmung gestoßen, die NUM hält diesen Streik „für den wichtigsten Streik, den unser Land jemals erlebt hat“, wie es auf dem Kongreß hieß.

Fortsetzung auf Seite 9

Südafrika-Konsulat in Bremen besetzt

Bericht über eine gelungene Aktion

Am 1. August hat eine Gruppe von ca. 30 Apartheid-Gegnern das südafrikanische Konsulat in Bremen besetzt. Gut vorbereitet, aber bis zum letzten Moment geheimgehalten, war der Einmarsch der 30 Personen eine gelungene Überraschung. Da der Konsul Jaeckel, der gleichzeitig Inhaber einer Im- und Exportfirma ist, die nach seinen Aussagen nicht nur mit Südafrika Geschäfte macht, wenig mit sich reden ließ, bestand die Aktion vor allem aus dem Flatternlassen von zwei großen Transparenten aus dem Fenster des Konsulats (siehe Bild).

Unten auf dem Domshof fand gleichzeitig eine Demonstration gegen die Rassen-Unterdrückung in Südafrika statt. Megaphonansagen wurden von oben und unten gemacht, die Bevölke-

rung auf dem Marktplatz nahm regen Anteil, wobei die geäußerten Meinungen wie immer kontrovers waren. Erstaunlich für mich immer

Fortsetzung auf Seite 9



Das besetzte Konsulat

Der Deal

Also: Wörners Vorruhestand für Militaristen, millionenschwer und heftig kritisiert, ist durchgekommen im Bundesrat. Gegen die Stimmen Bayerns, dafür aber mit Unterstützung Bremens.

Verkehrte Welt? Strauß dagegen, Koschnick dafür? Weniger diese Tatsache ist überraschend, als vielmehr die Offenheit, in der dieses Mal die Hintergründe der ganzen Angelegenheit diskutiert wurden. Wenn Bremen im Bundesrat für den Wörner-Plan stimme, dann werde es auch die nötigen Werftsubventionen bekommen, andernfalls nicht.

So lautete, kurz gefaßt, die Bonner Aufforderung zu Beginn der Debatte. Was man gemeinhin als Erpressungsversuch bezeichnet. Und ein gelungener dazu, wie man jetzt sehen konnte. Nicht etwa, daß der bremische Senat diese Ungeheuerlichkeit angeprangert hätte, sich dagegen gewehrt — nein, in aller Stille wurde dieser Deal vollzogen. SPD-Vogel blieb da nur noch „Verständnis“ für Bremens Lage auszudrücken.

Die vielbeschworene Opposition der SPD gegen den Wörner-Plan fiel damit flach, die Herren Offiziere können in den hochbezahlten Ruhestand gehen, für die Nachwuchskräfte ist die Karriereleiter frei, die Militaristenherzen jauchzen.

Und das ganze taucht dann demnächst im Bundeshaushalt unter der Rubrik „Sozialausgaben“ auf, von denen dann wieder gesagt werden kann, sie seien immer noch ganz schön hoch. Ein lohnendes Geschäft.

Natürlich: Alles nur für die Werftarbeiter, ist doch klar, oder? Von den Werftbesitzern ist nicht die Rede.

Abschieben

Der Präsident des deutschen Weinbauernverbandes, Muth, versucht in die Offensive zu gehen. In zahlreichen Stellungnahmen, unter anderem einem „Spiegel“-Gespräch schiebt er alle Schuld am „Weinskandal“ ins Ausland ab — nach Österreich natürlich.

In der BRD, so Herr Muth ganz mutig, gäbe es keinen Skandal, werde immer alles aufgedeckt. Da redet er wirklich mutig gegen Tatsachen an: Die Zuckerprozesse zu Beginn der 80er Jahre etwa oder die ganze Kritik am Weingesetz von 1971 oder die Forderung nach Etikettierungspflicht — alles das gibt es bei ihm nicht oder ist längst geklärt.

Das einfache Fazit: Das einzige, was Not tut sind schärfere Importkontrollen. Andersherum gesagt: Man nutze die Gelegenheit, sich die Konkurrenz vom Halse zu schaffen und schlage im übrigen des Kanzlers „Aussitztaktik“ ein.

Undankbare Revanchisten

Hermann Heinemann, nun endlich doch noch Minister in NRW geworden, erfuhr die pure Undankbarkeit der Revanchisten. Dafür, daß die Landesregierung die Patenschaft über die „Oberschlesier“ übernommen hatte, dafür, daß er auf dem sogenannten Hindenburg (Zabrze)-Tag in Essen sprach, wurde er von solchen Tumulten gestört, daß er seine Rede abbrach.

Was die Essener Ereignisse deutlich machen: Die lautstarken Schreier nach Revanche innerhalb der sogenannten Vertriebenenverbände sind keine kleine radikale Minderheit. Heinemanns Kritik am Motto des diesjährigen Schlesiertages, sein Bekenntnis zum Gewaltverzicht waren Anlaß des Geschreis. Diese Typen wollen keinen Gewaltverzicht, sie wollen Revanche für ihren verlorenen Krieg. Bei einer Bundesregierung, die alle ihre Untaten deckt, werden sie immer aufmüpfiger.

Daß die NRW-Landesregierung diese Umtriebe auch noch bezahlt — gedankt wird es ihr, wie deutlich zu sehen war, absolut nicht. Selten wurde es deutlicher als an diesem Essener Wochenende, daß es sich um eben gerade das handelt, was ihnen immer vorgeworfen wird: Um Revanchisten, Hetzer, Kriegshetzer.

Kein Geld mehr für diese Typen, wäre die eine Sache — die andere war auf einem Flugblatt einer Essener Aktionseinheit bereits so zusammengefaßt: Hindenburg bleibt Zabrze!

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Die Sozialbilanz

Blüm und Vogt: Gefälschte Bilanzen

Im Rahmen der Bemühungen der CDU, nach der Wahlschlappe von NRW sich wenigstens wieder etwas mehr „soziales Profil“ zuzulegen, veröffentlichte das Ministerium Blüm eine Sozialbilanz dieser Regierung. Vorgelegt wurde sie vom Staatssekretär Vogt.

In über 40 Punkten wird da aufgelistet, was alles an sozialen Großtaten die Wenderegierung geleistet hätte. Natürlich wird auch Kohls verlogener Dauerbrenner, die geringere Preissteigerungsrate erneut ausführlich gelobt, aber das Gefühl, daß dies nun denn nicht ausreiche, muß die Autoren stark belasten haben, daß sie kühn wurden.

Da werden als eigener Verdienst Punkte aufgezählt, die einem den Atem stocken lassen: Die Sicherung der Arbeitslosenversicherung etwa.

Blüm und Vogt wollen sich ihren Beitrag zur Ausbreitung der „neuen Armut“ (die inzwischen selbst von wahrheitsliebenden CDU-Politikern nicht mehr abgestritten wird) da auch noch als soziales Verdienst anrechnen lassen.

Ähnlich geht es auch mit anderen Maßnahmen aus den verschiedenen Horrorkatalogen der Bundeshaushalte der letzten Jahre, etwa mit der Renten- oder Krankenversicherung. Daß beides immer weniger wird, die sogenannte Selbstbeteiligung (also die zweite Zahlung) eingeführt und die Renten real mehrmals gesenkt wurden —

auch dies soll, glaubt man diesen feinen Herren, auch noch als soziales Verdienst gewürdigt werden.

Der ganze Katalog arbeitet nach diesem Motto: Schafft man eine sozialpolitische Maßnahme ab, so ist es saniert, denn weitere Ausgaben bedrohen ihre Existenz nicht mehr.

Es sind sehr plump gefälschte Bilanzen, die Blüm da vorlegen läßt: Das muß er tun, denn sonst könnte er ja nur eine Abbauaufzählung veröffentlichen, und das war nicht seine Absicht. Ob er allerdings mit diesem ungeschickten Griff in die Trickkiste seiner Partei wirklich einen Gefallen getan hat, das steht noch dahin...



CDU-Mittelständler preschen vor Für Leichtlohngruppen und Senkung der Sozialhilfe

In den letzten Jahren hat es sich eingebürgert, daß verschiedene Strömungen innerhalb der Regierungsparteien in der Sommerzeit ihre Vorstöße unternehmen, mit denen sie künftige Ziele ihrer Arbeit umreißen. Graf Lambsdorff jährlicher Sommerauftritt war vorüber, nun kam für die Mittelstandsvereinigung der CDU der Tettlinger Bauunternehmer und Bundestagsabgeordnete Kolb an die Reihe.

Der Mann aus dem schwarzen Oberschwaben, dem Land der Liebherren und Dornier und der Fürsten machte denn auch gleich einen Rundumschlag.

Viele Arbeitslose? Klar: Die Sozialhilfe ist so hoch, daß es sich nicht mehr lohnt, arbeiten zu gehen. Keine Fachkräfte? Klar: Der Lohnunterschied zwischen Fach- und Hilfsarbeitern am Bau beträgt ja auch nur 50 Pfennig. Hilfskräfte für 7 oder 8 DM könnten viele Bauunternehmer einstellen...

Seine Konsequenz: Wiedereinführung der Leichtlohngruppen (wobei es ja noch einen Streit wert ist, wie weit sie wirklich abgeschafft sind) und Senkung der Sozialhilfe (in Opposition zu jüngsten Beschlüssen der eigenen Partei).

Etwas inkonsequent zwar, denn: Für 5 DM könnten die Bauunternehmer noch viel mehr Leute einstellen oder gar für 2,50 DM und ein Butterbrot. Und die Sozialhilfe könnte man gleich ganz abschaffen... Nein, kein Grund zu Spaßen. Das Kolb-Papier, so sehr es auch erstaunt wie — entweder brutal oder saudumm — da mit Zahlen gemogelt wird, ist durchaus ernsthaft gemeint. Und es ist insofern von Bedeutung, als es zeigt, was eben gerade diese mittleren Kapitalisten wollen, daß gerade ihnen verschiedenste Maßnahmen der Regierung entweder nicht weit ge-

nug gehen oder aber gar die Versuche, sich jetzt wieder einen „sozialen Touch“ zu geben als völlig überflüssig erweisen.

Übrigens: Wenig überraschend, daß Herr Kolb sein Papier abrundet, indem er auf die wirkliche Arbeitslosigkeit hinweist, die der Unternehmer nämlich, denen es an Kapital fehle. Also: Wenn bei der Sozialhilfe genug eingespart wird, dann könnte man da doch...

Jetzt auch Verfahren gegen Reemtsma

Um 2,7 Millionen betrogen

Anklage gegen drei Manager des Reemtsma-Konzerns wurde letzte Woche vor dem Hamburger Landgericht erhoben — ob ein Verfahren eröffnet wird, wird sich im Herbst entscheiden.

Der Hamburger Konzern habe in 15 Jahren bis 1980 rund 6 Millionen DM an „alle staatstragenden Parteien“ gespendet. Den Löwenanteil davon bekam die CDU mit über 2,5 Millionen, den verhältnismäßig höchsten die FDP mit 1,8 Millionen, die Bundes-SPD erhielt 0,7 Millionen, die regierende Landes-SPD auch noch einiges.

Ständige Bedingung der Spenden: Steuerbefreiung. Im Widerspruch zum Gesetz, ganz eindeutig. Zusammen wurde da ein Betrag von 2,7 Millionen DM ergaunert.

Mehreres an diesem Fall ist interessant: Zum einen wird einmal mehr deutlich, daß es sich nicht um ein paar

schwarze Schafe handelte, sondern daß wirklich alle Großkonzerne die Parteien in Bonn ausgehalten haben und aushalten. Zum anderen wird nach den bisher vorliegenden Informationen auch deutlich, daß es sich um ein ganz offenes, bewußtes betrügerisches Vorgehen handelt — deutlicher noch als in einigen anderen Fällen, die ach so milde Bekannte als Richter fanden.

Interessant ist aber auch, daß die Anklage beim Landgericht einging — was einen Gerichtsinstanzenweg bis zum Bundesgericht eröffnet. Wenn im Herbst tatsächlich ein Verfahren eröffnet wer-

den sollte, dann wird dieser bundesdeutsche Gerichtsherbst vollends abgerundet, denn es stehen ja bereits einige Prozesse gegen politische Prominenz und gegen Großkapitalisten an.

Allen Bemühungen der etablierten Bonner Parteien zum Trotz schläft so die ganze Geschichte um ihr Ausgehaltenwerden auf Kosten von Steuerbetrug nicht ganz ein — denn immer wieder neue Konzerne werden als betrügerische Hintermänner Bonner Politiker enttarnt. Die Vierparteien-Schweige-koalition (CDU, CSU, FDP und SPD) zum Thema kann sich solange dies immer wieder passiert noch nicht ganz sicher sein, dies gemeinsam aussitzen zu können. Sie wird weiterhin die Hilfe der Gerichte brauchen.

Natürlich: Alles nur ein Angestellter

Waschen ihre Hände in Unschuld: die Pieroths

Bekannt geworden war die größte Weinhandlung der BRD in der Vergangenheit vor allem durch zwei Dinge. Zum einen durch die politische Karriere von Elmar Pieroth, heute CDU-Senator in Westberlin. Zum anderen dadurch, daß sie eine der ersten Firmen war, die eine sogenannte Gewinnbeteiligung für die Belegschaft einführt. Jetzt bricht sie alle Rekorde: Mehr als die Hälfte der bisher in der BRD beschlagnahmten Weine stammen aus dem Hause Pieroth.

Über 640 Millionen Mark Umsatz (mit rund 40 Millionen Flaschen) und rund 3600 Mitarbeiter — ein Kleinbetrieb ist das wahrlich nicht. Ein — entlassener — Angestellter habe die Panscherei mit österreichischen Weinen veranstaltet, lautet die Standardformel, wenn nachgefragt wird, wie es denn bei Pieroth ansonsten mit der Giftpanscherei stehe.

Nichts gesagt wird bei dieser Debatte darüber, auf welchem Wege denn die Weinhandlung Pieroth in nur 25 Jahren von einem Durchschnittsbertrieb zur Spitzenposition aufgestiegen ist. Kein Wort darüber, daß Pieroth den Löwenanteil der Millionen, die mit dem Marktstrukturgesetz in die rheinland-pfälzische Weinwirtschaft geflossen sind, abkassiert hat, kein Wort darüber, wie das denn wohl mit den langjährigen politischen Verbindungen der Familie zur ewig regierenden CDU zusammenhängen könnte.

Nichts gesagt wird bei den ganzen Ausflüchten auch über das Mitwirken der Pieroths an der Weingesetzgebung, an der sonstigen Panschereiwirtschaft, die über den jetzigen Giftfall weit hinaus geht.

Nein: Ein Angestellter war es, fertig. Und: Natürlich wird das in den Medien

macht. Und die feinen Herrschaften, die vom Panschen natürlich ganz und gar nichts wissen, waschen ihre Hände in Unschuld — das Muster ist so alt wie das System.

Übrigens: Nicht überraschend ist es, wenn festgestellt wird, daß die Pieroths ganz entscheidend zu jener Lobby gehört haben, die stets verhindert hatte — und dies weiterhin tut — daß eine

genauso wiedergegeben, als feststehende Tatsache. Einen Toten hat man nicht gefunden, also wird einer, der noch lebt, zum Bock ge-



Weintanks bei Pieroths — und daran soll ein einsamer Mann allein herumgepanscht haben, ohne daß es jemand wußte...

100 Millionen Kriegskredit

In aller Stille in den Parlamentsferien sollte das Geschäft über die Bühne gebracht werden: Das „Technologiezentrum Nord“ (TZN-GmbH) im niedersächsischen Landkreis Celle soll in wenigen Wochen gebaut werden. Betreiber: die berühmte Rheinmetall; Finanzier: die Landeskasse.

Ein „Kredit“ von 100 Millionen DM wurde dem Rüstungskonzern als Startbasis geschenkt — der Konzern selbst mußte gerade mal 40000 DM bereitstellen (40 Prozent des Eigenkapitals von bloßen 100000), um diese Summe abzukassieren.

Hauptauftrag dieses angeblichen Technologiezentrums Forschung über die „intelligente Munition“ (die sich ihr Ziel selbst sucht) wie sie Grundbestandteil des AirLandBattle-Konzepts ist. Reine Kriegsforschung also.

Alles was Rheinmetall tun muß, um die 100 Millionen endgültig als Geschenk verbuchen zu können, ist, diese Tochterfirma, die TZN-GmbH, keine Gewinne ausweisen zu lassen — und da werden diese eiskalten Waffenhändler wohl wenig Wissensbisse haben.

Ein weiteres Großereignis für einen Konzern, der in den 80er Jahren aufblüht wie noch nie — im letzten Jahr

erreichte die Dividende bereits mehr als 50 Prozent des Kapitals...

Von Seiten der Grünen im Hannoveraner Landtag und auch einzelner SPD-Abgeordneter ist bereits Protest angemeldet worden — sowohl gegen das riesige Geldgeschenk an den Konzern also auch gegen die Art und Weise wie es beschlossen wurde: ohne wenigstens den zuständigen Parlamentsausschuß auch nur zu informieren, geschweige denn, zu befragen. Aber die niedersächsische Landesregierung ist ja in Unternehmerkreisen auch besonders beliebt für ihr „unbürokratisches“ Herangehen an Besprechungen und Abmachungen mit Konzernen, denen stets besonders schnell freie Bahn verschafft wird.

Ob die Albrecht, Breuel und Co. dieses Mal nicht vielleicht den Bogen überspannt haben, wird sich noch zeigen müssen.

veränderte Gesetzgebung zumindest die Verpflichtung mit sich bringt, auf dem Etikett über den wirklichen Inhalt der Flasche zu informieren.

Zimmermann im Dienste der Atomwirtschaft

Warum der „Befehl nach Hessen“?

Mitten in der Ferienzeit war Innenminister Zimmermann vorgeprescht: Er wies die hessische Landesregierung an, der Hanauer Nuklearfirma RBU auch künftig die Montage plutoniumhaltiger Brennstäbe zu erlauben. Obwohl dort — nach Gerichtseinspruch der Firmenleitung gegen die Teilstillegungsverfügung der Landesregierung — wieder produziert wurde. Warum ein solcher Vorstoß?

Zur Erinnerung: Der hessische Wirtschaftsminister Steger hatte die Teilstillegung erlassen, weil die RBU (Teil des Hanauer Komplexes um Nukem und Alkem) ihre Plutoniumaktivitäten im jahrelangen öffentlichen Genehmigungsverfahren verschwiegen hatte, die Genehmigungsbehörde (durchaus in Kenntnis einiger Beamter) also faktisch betrogen hatte.

Nach dem bei Gericht eingelegten Widerspruch durfte die RBU seit Mitte Juli wieder produzieren. Ein Termin für die Verhandlung vor einem Verwaltungsgericht war anvisiert — von dieser Sachlage her gab es für

Geschäftsberichte der Großbanken

Alle Jahre wieder: Rekordgewinne

Die Zwischenbilanzen, die die drei Großbanken in den letzten Wochen vorgelegt haben, zeigen, daß es auch in diesem Jahr wieder Rekordmarken in der Gewinnrechnung geben wird: Für die ersten sechs Monate dieses Jahres sind bereits alle Marken der (Rekord-)vorjahre übertroffen.

An der Spitze steht wieder einmal die Deutsche Bank: Allein aus dem Kreditgeschäft erzielte sie, bei einer Steigerung um 4 Prozent, einen Überschuß von 2,1 Milliarden DM in sechs Monaten. Die Dresdner Bank steigerte ihren Überschuß um 5,4 Prozent auf 1,2 Milliarden DM, die Commerzbank um 5 Prozent auf 0,9 Milliarden.

Beim Provisionsüberschuß erzielte die Deutsche Bank gar eine Steigerung um über 13 Prozent auf 652 Millionen, die Dresdner ein Plus von 11 Prozent auf 455 Millionen und die Commerzbank plus 31 Prozent auf 390 Millionen.

Im letzten Jahr hatte die Deutsche ihr 83er Rekordergebnis in der Schlußabrechnung nochmals um 7 Prozent gesteigert und somit auf 503 Millionen DM — ausgewiesenen — Gewinn erhöht, für dieses Jahr wird nach dieser Halbjahresbilanz mit einer ähnlichen Steigerungsrate gerechnet.

Wobei, wie stets, der ausgewiesene Gewinn natürlich gar nicht besonders wichtig ist, sondern entscheidend für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung sind viel eher gerade solche Posten wie der Zinsüberschuß der Großbanken. Und da haben allein die „drei Großen“ zusammen in einem halben Jahr rund 4,3 Milliarden DM zu verbuchen.

Solche Zahlen muß man vergleichen mit einigen Meldungen, die im ersten Halbjahr 85 die Runde machten: Wenn einem größeren Baubetrieb beispielsweise von den Banken weiterer Kredit verweigert wird, so daß er geschlossen wird und über 1000 Bauarbeiter auf der Straße liegen (während die Besitzer natürlich keineswegs am Hungertuch nagen).

Was die Schlußfolgerung erneut nahelegt, daß es in erster Linie die großen Banken sind, die an Krise und Arbeitslosigkeit verdienen — und nicht nur die ganz großen Banken. Steigerung

gen der Teilbetriebsergebnisse zwischen 3 und 14 Prozent wiesen auch die bisher öffentlich abgerechneten verschiedenen Landesbanken aus.

Zu erwartender Kritik an dieser maßlosen Rafferei versuchen die Sprecher der Banken dadurch zu entkommen, daß sie auf die sinkenden Zinsspannen verweisen. Diese sind in der Tat von etwa 3,1 Prozent im letzten Jahr auf rund 2,9 Prozent 85 gefallen. Damit liegen aber auch die Spannen im Vergleich vieler Jahre noch sehr weit oben, und außerdem hat vor allem ein Faktor dazu beigetragen: Die Großbetriebe haben selbst so viele Reserven, daß sie sich entweder gar kein Geld mehr leihen oder nur noch zu besonders günstigen Zinsen. Bleibt die Schlußfolgerung, daß die monumentalen Gewinne hauptsächlich auf Kosten der „kleinen Kunden“ erzielt wurden, und jeder, der einen Kredit aufgenommen hat, kann davon ein langes Lied singen. Die Ausrede, die die Bankvorstände benutzen, zeigt in Wirklichkeit also erst recht, wie hemmungslos das Bankkapital dem Profit nachjagt...



faßte Entschluß von 1979, wie die Entsorgung zu regeln sei, genügt der Parteiführung nach eigenem Bekunden heute nicht mehr.

Nicht, daß die SPD damit plötzlich entschieden auf Konterkurs zur Atommafia gegangen wäre. Sonst gäbe es für die Landesregierungen in der Tat zahlreiche Möglichkeiten, weitere AKWs zu stoppen — da es doch eine ganze Reihe von Fragen gibt, bei denen ausschließlich die Landesregierungen entscheidungsbefugt sind. Aber es ist der — in verschiedenen anderen Bereichen auch durchgeführte — moderate Schwenk zu einer scheinbaren Zwischenposition. Und eben den will ein Zimmermann verhindern — seine Hintermänner wollen ihr strahlendes Geschäft endlich in Ruhe betreiben können und keine neuen Debatten. Da muß der Minister eben schon mal — wieder mal — eine Strafanzeige riskieren, wofür fließen denn die ganzen „Spendengelder“...

lichen Vorteile einer illegalen Tat zu sichern.

So exponiert hat sich der Innenminister bestimmt nicht nur wegen der RBU und der zentralen Bedeutung des Hanauer Nuklearkomplexes für die westdeutsche Atomwirtschaft. Dies ist nur ein Grund. Ein zweiter Grund muß in der bevorstehenden Auseinandersetzung um den „Schnellen Brüter“ in Kalkar gesehen werden — die Entscheidung über eine Betriebsgenehmigung durch die Landesregierung von NRW steht demnächst an.

Und damit verbunden ist die Entsorgungsfrage. Hier hat die SPD nach dem Verlust der Regierungsgewalt nach und nach frühere gemeinsame Positionen verlassen. Der — einstimmig — von Bund und Ländern ge-

SPD fordert mehr Rechte für Betriebsräte

Die Bundestagsfraktion der SPD hat einen Gesetzentwurf zum „Ausbau und zur Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung“ vorgelegt. Während die von der Regierungskoalition vorgesehenen Änderungen am Betriebsverfassungsgesetz sich unter dem demagogischen Stichwort „Verstärkung der Minderheitenrechte“ ausschließlich mit der Schwächung der Stellung der Betriebsräte und der DGB-Gewerkschaften befassen, greift der Gesetzentwurf der SPD tatsächlich eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen auf.

Wir können im folgenden nur die wichtigsten von der SPD-Fraktion geforderten Änderungen am Betriebsverfassungsgesetz darstellen:

Zum § 74 des BVG fordert die SPD eine leichte Verbesserung der rechtlichen Stellung der Betriebsräte, insofern es in einem neuen Absatz 2 heißen soll: „Der Arbeitgeber hat jede Maßnahme zu unterlassen, die ein Recht des Betriebsrats, sei es auch mittelbar beeinträchtigen kann.“ Da der geltende BVG-Text vom Bundesarbeitsgericht dahingehend ausgelegt wurde, daß der Betriebsrat nur bei groben Verstößen eine Unterlassung verlangen kann, würde die Stellung der Betriebsräte bei der Abwehr unternehmerischer Angriffe auf ihre Rechte etwas gestärkt.

Auch der SPD-Entwurf hält an der geltenden Bestimmung fest, daß die Betriebsräte als Organe der Betriebsverfassung keine Arbeitskampfmaßnahmen ergreifen dürfen. Das wurde immer wieder so ausgelegt, daß diese „Neutralitätspflicht des Betriebsrates“ etwa auch bedeutet, daß ein Betriebsrat während eines Arbeitskampfes keine Betriebsversammlung anberaumen darf, weil diese zu einer Veranstaltung des Arbeitskampfes werden

lich eine Verbesserung dar.

Außerdem sollen die Betriebsräte in diesem Rahmen auch das Recht haben, die Listen der Bruttolöhne und -gehälter zur Verfügung gestellt zu bekommen. Bislang konnten diese nur vom Betriebsausschuß bzw. einem

zünftig in Verhandlungen mit dem Betriebsrat einzutreten. Geschieht das nicht oder sind die Verhandlungen gescheitert, kann der Betriebsrat die Einigungsstelle anrufen.“

Die völlige Umgestaltung des § 87, in dem die Fragen aufgelistet sind, in denen der Betriebsrat mitbestimmt, ist qualitativ der schwerwiegendste Teil der von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Die im SPD-Entwurf vorgesehene Ausdehnung der betrieblichen Mitbestimmung etwa im Zusammenhang mit den Auswirkungen neuer Technologien und Produktionsverfahren auf Inhalt und Zahl der Arbeitsplätze, der personenbezogenen Datenerfassung und ihrer Verwertung, der geldlichen Seite der Lohngestaltung u. a. ist unbestreitbar geeignet, die Stel-

lung der Betriebsräte in Fragen, mit denen sie heute unablässig konfrontiert sind, zu verbessern. Wir dokumentieren den geltenden Text des § 87 BVG und seine neue Fassung im SPD-Entwurf im Kasten.

Der gegenwärtige § 92 räumt dem Betriebsrat in Sachen Personalplanung lediglich ein Unterrichts- und Beratungsrecht ein. Der SPD-Entwurf fordert hier ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats für alle wesentlichen Stadien der Personalplanung — beginnend mit der Ermittlung der Daten.

Zum § 99 fordert die SPD die Ausdehnung der Mitbestimmung auf jede personelle Maßnahme und zwar unabhängig vom Rechtsverhältnis, das der betrieblichen Tätigkeit zugrundeliegt, womit nicht nur auch befristete Arbeitsverhältnisse erfaßt wären, sondern auch Scheinwerkverträge (vgl. Fall Mannesmann im letzten RM), Leiharbeit usw.

In Sache Mitbestimmung bei Kündigungen greift der SPD-Entwurf Forderungen auf, die von gewerkschaftlicher Seite schon seit langem erhoben werden. So soll der Betriebsrat Kündigungen generell widersprechen können, also nicht nur aus den



Neue Technik im Walzwerk. Im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Leistungsverdringung brauchen die Betriebsräte mehr Rechte bei der Einführung neuer Produktionsmethoden.

könnte. Demgegenüber fordert die SPD nun, daß im BVG festgeschrieben wird,

daß die Rechte des Betriebsrats durch die mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen eines Arbeitskampfes nicht berührt werden.

An der im § 79 des BVG festgelegten Geheimhaltungspflicht hält auch der SPD-Entwurf im Grundsatz fest, allerdings wird eine bedeutende Einschränkung gefordert. In einem neuen Absatz 3 des § 79 soll es heißen:

„Die Geheimhaltungspflicht gegenüber den Arbeitnehmern des Betriebs entfällt, wenn deren berechnete Interessen der Geheimhaltung entgegenstehen.“

Die SPD fordert, die im § 80 aufgelisteten allgemeinen Aufgaben des Betriebsrats um folgendes zu erweitern: „Maßnahmen zu beantragen, die der Gleichbehandlung von Mann und Frau dienen.“

Zur Durchführung seiner Aufgaben soll der Betriebsrat „vom Beginn der Entscheidungsvorbereitung an fortlaufend umfassend“ (statt bisher „rechtzeitig und umfassend“) anhand der Unterlagen vom Arbeitgeber zu unterrichten sein. Da es bislang weitgehend im Ermessensspielraum des Unternehmers liegt, was „rechtzeitig“ ist, stellt die Formulierung des SPD-Entwurfs tatsäch-

gesondert gebildeten Ausschuss eingesehen werden.

Schließlich soll das Recht des Betriebsrates, Sachverständige zu seinen Beratungen hinzuzuziehen, um den Begriff „Auskunftspersonen“ erweitert werden, um eine zu enge Auslegung des Begriffs „Sachverständiger“ (etwa im gutachterlichen Sinne) auszuschließen.

Festgeschrieben werden soll das Recht des Betriebsrats auf Zusammenarbeit mit Stellen außerhalb des Betriebes. Die Gewerkschaften gelten dabei nicht als „Stellen außerhalb des Betriebes“, weil sie im Betrieb vertreten sind. Gemeint sind etwa: Arbeitsamt, Forschungsinstitute, Gewerbeaufsicht u. a.

In einem neuen § 80a soll nach Auffassung der SPD-Fraktion das „Verfahren in Mitbestimmungsangelegenheiten“ konkretisiert werden. Erwähnenswert vor allem, daß ausdrücklich ein Initiativrecht des Betriebsrates festgeschrieben werden soll: „Will der Betriebsrat die Regelung einer seiner Mitbestimmung unterliegenden Angelegenheiten herbeiführen oder die Änderung einer solchen bestehenden Regelung erwirken, hat er dem Arbeitgeber schriftlich einen Vorschlag zu unterbreiten. Der Arbeitgeber hat unver-

SPD-Entwurf des § 87

„Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten sowie in Angelegenheiten der Arbeitsorganisation und des Einsatzes technischer Mittel.“

Der Betriebsrat bestimmt in folgenden Angelegenheiten mit:

1. Planung, Gestaltung und Änderung der Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsorganisation einschließlich der Arbeitsverfahren und der Arbeitsabläufe sowie der einzusetzenden Planungs- und Gestaltungsmittel. Die Mitbestimmung besteht auch bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Anreicherung von Arbeitsinhalten, der Sicherung und Entfaltung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, dem Abbau von Kontrollen sowie bei der Abwendung, der Milderung oder dem Ausgleich von Belastungen der Arbeitnehmer.

2. Einführung, Anwendung, Änderung oder Erweiterung technischer Einrichtungen und Verfahren, die geeignet sind, Daten oder Signale aufzunehmen, zu erfassen, zu speichern, zu verarbeiten, zu übertragen oder auszugeben. Insbesondere hat der Betriebsrat mitzubestimmen bei der Ermittlung, Speicherung, Verarbeitung und Verwertung personenbezogener Daten der Arbeitnehmer.

3. Einführung, Anwendung, Änderung oder Erweiterung sonstiger technischer Einrichtungen und Verfahren, die geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen;

4. Festlegung der Arbeitsinhalte und des Arbeitsumfangs einschließlich der Zahl der einzusetzenden Arbeitnehmer;

5. Fragen des Arbeitszeitsystems und der Arbeitszeit einschließlich Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, der Pausen sowie der Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage;

6. Verlängerung oder Verkürzung der betriebsüblichen Arbeitszeit. Bei vorübergehenden Maßnahmen erstreckt sich die Mitbestimmung auch auf den Zeitpunkt der Rückkehr zur betriebsüblichen Arbeitszeit;

7. Auslagerung von Arbeit in den persönlichen Bereich der die Arbeit Ausführenden;

8. Fragen der betrieblichen Lohngestaltung einschließlich der Entgeltsysteme, Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen, Einführung und Anwendung von Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung. Die Mitbestimmung erstreckt sich auch auf die geldliche Seite der Lohngestaltung einschließlich der Geldfaktoren bei Leistungsentlohnung;

9. Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte;

10. Einführung, Ausgestaltung und Änderung des betrieblichen Vorschlagswesens einschließlich der zu zahlenden Prämien;

11. Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einschließlich der Erstellung von Arbeitsschutzprogrammen sowie Einzelregelungen, die, sei es auch mittelbar, der Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie dem Gesundheitsschutz dienen;

12. Fragen der Ordnung des Betriebs sowie einzelner Maßnahmen, die geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen oder zu steuern, auch wenn sich die Maßnahme auf die arbeitsvertraglichen Pflichten bezieht;

13. Aufstellung allgemeiner Urlaubsgrundsätze und des Urlaubsplans sowie die Festsetzung der zeitlichen Lage des Urlaubs für einzelne Arbeitnehmer, wenn zwischen dem Arbeitgeber und den beteiligten Arbeitnehmern kein Einverständnis erzielt wird;

14. Form, Ausgestaltung und Verwaltung von Sozialeinrichtungen, soweit sich ihr Wirkungsbereich auf den Betrieb, das Unternehmen oder den Konzern beschränkt, einschließlich der Zuweisung und Kündigung von Wohnräumen, die den Arbeitnehmern mit Rücksicht auf das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses überlassen werden, sowie der allgemeinen Festlegung der Nutzungsbedingungen;

15. sonstige soziale Angelegenheiten, die den Betrieb und die Arbeitnehmer betreffen.“

Geltender Text des § 87

§ 87 Mitbestimmungsrechte (1) Der Betriebsrat hat, soweit eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen:

1. Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb;

2. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage;

3. vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit;

4. Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte;

5. Aufstellung allgemeiner Urlaubsgrundsätze und des Urlaubsplans sowie die Festsetzung der zeitlichen Lage des Urlaubs für einzelne Arbeitnehmer, wenn zwischen dem Arbeitgeber und den beteiligten Arbeitnehmern kein Einverständnis erzielt wird;

6. Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen;

7. Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz im Rah-

men der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften;

8. Form, Ausgestaltung und Verwaltung von Sozialeinrichtungen, deren Wirkungsbereich auf den Betrieb, das Unternehmen oder den Konzern beschränkt ist;

9. Zuweisung und Kündigung von Wohnräumen, die den Arbeitnehmern mit Rücksicht auf das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses vermietet werden, sowie die allgemeine Festlegung der Nutzungsbedingungen;

10. Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, insbesondere die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung;

11. Festsetzung der Akkord- und Prämiensätze und vergleichbarer leistungsbezogener Entgelte, einschließlich der Geldfaktoren;

12. Grundsätze über das betriebliche Vorschlagswesen.

(2) Kommt eine Einigung über eine Angelegenheit nach Absatz 1 nicht zustande, so entscheidet die Einigungsstelle. Der Spruch der Einigungsstelle ersetzt die Einigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat.

Gründen, die jetzt abschließend im BVG aufgeführt sind. Wenn der Betriebsrat einer ordentlichen Kündigung mit der Begründung, sie sei sozial ungerechtfertigt, widersprochen hat, soll die Kündigung nach dem SPD-Entwurf unwirksam sein. Das gleiche soll gelten für den Fall, daß der Betriebsrat einer außerordentlichen

Kündigung mit der Begründung widerspricht, es läge kein wichtiger Grund für eine außerordentliche Kündigung vor. In beiden Fällen würde das Arbeitsverhältnis bis zu einer gerichtlichen Entscheidung weiterbestehen. In Sachen Interessenausgleich und Sozialpläne fordert die SPD die Rücknahme von Verschlechterungen, die

durch das Beschäftigungsförderungsgesetz herbeigeführt wurden. Wir konnten hier nur die wichtigsten Punkte des SPD-Entwurfs darlegen. Interessierte Leser können bei der Redaktion eine Kopie des Entwurfs einschließlich Begründung erhalten (für Porto und Kopierkosten bitte 5,— DM beilegen).

Keine Frage: Vieles, was Betriebsräte und Gewerkschaften in den letzten Jahren gefordert haben, um die Stellung der Betriebsräte vor allem im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung, Leistungsverdrängung, computergestützte Kontrolle und Überwachung der Belegschaften zu stärken, ist in dem SPD-Entwurf enthalten.

Keine Frage erst recht: im Vergleich mit den bekannt gewordenen Bestrebungen der Bonner Koalition zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes erscheint der SPD-Entwurf allemal in strahlendem Glanz.

Dazu gehört natürlich nicht viel. Es ist schon ver-räterisch, wie Norbert Blüm den Gesetzentwurf

dafür ist. Hat er also nur vergessen, die Ausweitung der Beteiligungsrechte der Betriebsräte in seinen Gesetzentwurf aufzunehmen?

Es ist die Politik der Koalition, die die Auseinandersetzung um die Betriebsverfassung zu einem Heimspiel für die SPD macht. Die SPD-Fraktion hat diesen Heimvorteil erkannt. Sie begnügt sich dementsprechend auch nicht damit, sich gegen die reaktionären Reformen der Bonner Koalition auszusprechen, worin sich ansonsten auf vielen Politikfeldern ihre Opposition erschöpft, sondern hat einen Entwurf erarbeitet, der nicht nur die Verteidigung der bestehenden Verhältnisse zum Inhalt hat, son-

Die Verpflichtung der Betriebsräte auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle der Unternehmen will auch der SPD-Entwurf beibehalten. Das ist nicht nur eine ideologische Frage, sondern auch eine sehr praktische. Selbst wenn die Ausweitung der Rechte der Betriebsräte, wie sie der SPD-Entwurf vorsieht, Wirklichkeit würde, bliebe doch bestehen, daß ohne den Druck durch Kampfkaktionen der Belegschaft eine erfolgreiche Tätigkeit der Betriebsräte im Interesse der Belegschaften kaum möglich ist. Aber eben die Organisation dieses Kampfes der Belegschaft bleibt den Betriebsräten auch nach dem SPD-Entwurf weiter verboten.

Vollbremsung auf halber Strecke

seines Hauses zum Thema „Minderheitenschutz“ gegenüber Gewerkschaften zu vertreten sucht. An den Betriebsrat von Hoesch-Union etwa schreibt er: „Ich glaube nicht, daß die Gesetzesvorschläge auf die Zusammensetzung Eures Betriebsrats und der bei Euch bestehenden Ausschüsse irgendeinen nennenswerten Einfluß haben.“ Ein Arbeitsminister legt einen Gesetzentwurf vor und versucht, den Widerstand dagegen mit der Behauptung zu entkräften, Auswirkungen seien ohnehin nicht zu erwarten. Wäre dem so, was leider nicht der Fall ist, wozu überhaupt der Gesetzentwurf?

Noch besser, was Blüm an Breit schreibt, nachdem er auf über zwei Seiten die Koalitionsvorschläge zum Thema „Minderheitenschutz“ zu verteidigen versucht hat: „Im Zuge der parlamentarischen Beratung wird noch zu entscheiden sein, ob in den Entwurf ein Ausbau der Beteiligungsrechte des Betriebsrates bei Einführung und Anwendung neuer Techniken eingefügt wird. Ich bin dafür und hoffe, daß dies — mit Unterstützung des Deutschen Gewerkschaftsbundes — gelingt.“

Ein Witz: Blüm legt einen Gesetzentwurf vor, der das Thema Beteiligungsrechte der Betriebsräte bei Einführung neuer Techniken nicht behandelt. Trotzdem meint er, diese Frage werde im Zuge der parlamentarischen Beratung hoch zu entscheiden sein. Er bekennt sogar, daß er

den tatsächlich einen spürbaren Fortschritt bedeuten würde, wenn er denn verwirklicht würde, worauf man wohl nicht hoffen kann.

Es dürfte der SPD relativ leicht gefallen sein, wichtige gewerkschaftliche Forderungen zum BVG in ihrem Entwurf zusammenzufassen. Die Gewerkschaften haben sie schließlich schon den sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen vorgebracht — und diese haben es abgelehnt, sie zu verwirklichen.

Man kann sich eben auf die SPD verlassen. Zum Beispiel darauf, daß sie als Opposition zum Programm erhebt, was sie als Regierung mit Rücksicht auf das Kapital sich nicht zu machen traut. Aber auch darauf, daß die SPD selbst im größten Reformeifer die Grenzen kennt. Jene Grenze, an deren Schlagbaum die furchtbare Warnung steht: „Achtung, Sie verlassen den sozialpartnerschaftlichen Sektor!“ Diese Grenze muß mit Paragraphen vernagelt bleiben.

So schränkt der SPD-Entwurf die Geheimhaltungspflicht ein, aber hebt sie nicht auf. Es muß doch Raum bleiben für die Kunstgelei.

Gegen Einschränkungen der Rechte der Betriebsräte im Arbeitskampf spricht sich der SPD-Entwurf aus. Aber den Betriebsräten das Recht zuzugestehen, im Sinne des Arbeitskampfes initiativ zu werden — nein, so weit geht die SPD nicht.

Aber, werden die SPD-Reformer sagen, unser Entwurf sieht vor, die Einstellungsverfahren zu beschleunigen, sogar die vorläufige Vollstreckbarkeit der Einstellungsentscheidungen... Gewiß. Wo die sozialfriedliche Regelung der Konflikte oberstes Prinzip ist, ist die Einstellungsstelle Endstation.

Anders sieht es aus, wenn die Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten als Hauptsache betrachtet wird. Nicht immer, aber in der Mehrzahl der Fälle setzen die Einstellungsstellen da den Deckel auf den Sarg, wenn man Glück hat, einen Deckel mit Luftloch.

Wenn sich die Erfahrungen der Betriebsratsarbeit unter den Bedingungen von Krise und Massenarbeitslosigkeit in einer Erkenntnis zusammenfassen lassen, dann darin, daß ohne Mobilisierung und Kampf der Belegschaft sich nichts Wesentliches bewegen läßt.

Hier bringt der SPD-Entwurf keinen Fortschritt. Deshalb wird er keineswegs wertlos. Dazu enthält er zu viele richtige Forderungen, für die es einzutreten gilt.

Aber der Entwurf bleibt eben typisch sozialdemokratisch. Erst Vollgas für Reformen, dann taucht jene Grenze auf, jenseits derer der Klassenkampf, die Todsünde wider die Sozialpartnerschaft beginnt: Vollbremsung auf halber Strecke.

IBM Stuttgart

Wird der Betriebsrat von IGM-Mitgliedern gesäubert?

Ulla Merkle, bislang Mitglied des Stuttgarter IBM-Betriebsrats, gehört dem Gremium nicht mehr an. Das Landesarbeitsgericht gab einem Antrag der Betriebsratsmehrheit statt, Ulla Merkle aus dem Betriebsrat auszuschließen.

Der Betriebsrat der ca. 8.500köpfigen Belegschaft besteht aus 19 Unorganisierten, fünf Mitgliedern der IG Metall und einem DAG-Mitglied als Vorsitzendem. Der Ausschlußantrag gegen Ulla Merkle wurde gegen die Stimmen der IG-Metall-Mitglieder im Betriebsrat gefaßt.

Hintergrund der Geschichte: Ulla Merkle arbeitet an einem Info-Dienst mit, der die IBM-Belegschaft seit fünf Jahren über Pläne der Geschäftsleitung und die Tätigkeit des Betriebsrats informiert.

Die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder fühlt sich durch diesen Info-Dienst diskriminiert, außerdem seien die verarbeiteten Informationen überwiegend vertraulich und nur für den Betriebsrat bestimmt gewesen. So stellte die Betriebsratsmehrheit schon Anfang des Jahres Ausschlußantrag gegen Ulla Merkle. Das Stuttgarter Arbeitsgericht aber gab dem Antrag nicht statt. Es konnte keine wahrheits-

widrigen Behauptungen in dem Info-Blatt entdecken.

Anders das Landesarbeitsgericht in der zweiten Instanz. Die Landesarbeitsrichter machten „schwere Angriffe auf den Betriebsrat und einzelne Mitglieder“ aus und gaben dem Ausschlußantrag statt.

Derartige Auseinandersetzungen sind so selten nicht. Daß Betriebsratsmehrheiten auf öffentlicher Kritik an ihrer Tätigkeit so reagieren, daß sie sich einerseits beleidigt fühlen und andererseits der Minderheit Bruch der — meistens gar nicht gegebenen — Geheimhaltungspflicht vorwerfen, kommt bekanntlich auch in Betriebsräten vor, in denen Mitglieder der IGM die Mehrheit stellen.

Trotzdem muß der Fall IBM wohl anders beurteilt werden. Bei der letzten Betriebsratswahl war es besonders deutlich, daß viele Unternehmen ausgesprochen aktiv darum bemüht waren, direkten Handlangern der

Unternehmensleitungen den Eingang in den Betriebsrat und möglichst die Eroberung der Mehrheit zu ermöglichen.

Krasses Beispiel dafür die Vorgänge bei BMW in Westberlin. Prof. Bodo Zeuner vom Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter beurteilt in einem Beitrag für die Zeitschrift „Konkret“ die dortigen Vorgänge so: „Dort ist es der Werksleitung gelungen, innerhalb weniger Monate die gewerkschaftliche Interessenvertretung in einen gelben Werkverein zu verwandeln.“

Wie bei BMW, so bei IBM? Daß es der so leicht zu diskriminierenden Betriebsratsmehrheit nicht nur darum ging, Ulla Merkle mundtot zu machen, wird bereits jetzt deutlich. Die „Welt der Arbeit“ berichtet, daß „der IBM-Betriebsrat nicht nur auf Ulla M. die Hexenjagd eröffnete, sondern auf weitere Mitglieder des Gremiums“.

Der Verdacht liegt bei der erwähnten Zusammensetzung des IBM-Betriebsrats nahe: soll der IBM-Betriebsrat von IGM-Mitgliedern gesäubert werden?

Einsatz in Neunkirchen

Daß die Geschäftsleitung Betriebsratsmitglieder mit Argus-Augen beobachtet, ist üblich. Unüblich dagegen ist, daß sie dazu Detektive einer „Argus-Detektei“ anheuert. So geschehen in Neunkirchen.

Zwei Betriebsräte des Neunkirchner Gießereibetriebes Columbus Foundry, einer US-Tochtergesellschaft, waren krankgeschrieben. Die Geschäftsleitung behauptet, es seien Hinweise aufgetaucht, die Kollegen würden zu Hause arbeiten. Also heuerte sie besagte Detektei an und ließ die zwei Betriebsräte über mehrere Tage hinweg bespitzeln. Der gesamte Tagesablauf der beiden Kollegen wurde von den Detektiven genau protokolliert.

Die Sache flog auf, als die betroffenen Kollegen bei gegenseitigen Besuchen bemerkten, daß vor ihren Häusern immer wieder die gleichen Autos parkten und ein Vergleich der Nummernschilder ergab, daß es sich tatsächlich um dieselben Autos handelte.

Aus dem Fall für die Argus-Detektei wurde so ein Fall für die IG Metall.

Die Geschäftsleitung des Neunkirchner Unternehmens begründet die Bespitzelungsaktion mit dem angeblichen hohen Krankenstand in der Firma. Die Abwesenheitsquote habe vor dem Lohnfortzahlungsgesetz bei 4 Prozent gelegen, sie nach Verabschiedung des Lohnfortzahlungsgesetzes auf bis zu 20 Prozent geklettert und erst in letzter Zeit wieder zu-

rückgegangen. Den Rückgang der Abwesenheitsquote bringt die Geschäftsleitung selbst mit dem Einsetzen der „Rezession“ in Zusammenhang, also mit dem Druck, der von der Massenarbeitslosigkeit ausgeht.

Die IGM verweist auf die Arbeitsbedingungen in der Columbus-Gießerei: Staub, Lärm, Zug und vor allem Hitze — da sei ein relativ hoher Krankenstand eigentlich nicht erstaunlich.

Reichlich unverhohlen erklärt die Geschäftsleitung, die Bespitzelungsaktion hätte auch zur Abschreckung dienen sollen.

Die Neunkirchner IG Metall spricht von einer „üblen Praxis“. Verstoßen wurde von der Columbus-Geschäftsleitung auf jeden Fall gegen das Betriebsverfassungsgesetz, das dem Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht bei derartigen Kontrollen gibt. Zweitens gibt es eine gemeinsame Empfehlung von BdA und DGB aus dem Jahre 1970, in der Aufgaben der Krankenkontrolldienste und der Vertrauensärzte beschrieben sind.

Einem der beiden bespitzelten Kollegen wurde inzwischen gekündigt, weil die Überwachung ergeben habe, daß der wegen eines Rücken-

leidens krankgeschriebene Schlosser zu Hause mehrere Heuwagen entladen habe. Dem widersprechen Kollege und Betriebsrat.

Rainer Walisko, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, bringt dabei einiges zur Sprache, was wohl auf den wahren Hintergrund der Bespitzelungsaktion hindeutet.

Seit dem Arbeitskampf im Mai, so Kollege Walisko, gebe es „Ärger“. Das Management habe sogar versucht, mit Druck eine Unterschriftensammlung im Betrieb zu initiieren. Die Unterschriftensammlung habe die Abwahl des Betriebsrats zum Ziel gehabt. Jetzt sieht Rainer Walisko in der Bespitzelungsaktion gegen die beiden Betriebsräte den vorläufigen Höhepunkt des „Kesseltreibens“ gegen den Betriebsrat.

Hat also die Geschäftsleitung die beiden Betriebsräte bespitzelt, um die Belegschaft so einzuschüchtern, daß sich auch kranke Kollegen noch zur Arbeit schleppen?

Oder hat sie die Bespitzelungsaktion gestartet, um etwas in die Hand zu kriegen, mit dem sich der Druck auf den Betriebsrat verstärken läßt?

Beides ist wahrscheinlich. Beides wirft ein Schlaglicht darauf, mit welchen Methoden heute Unternehmer gegen die Belegschaften und ihre Interessenvertretung vorgehen.



Streik ausgeweitet

In der letzten Woche dehnte die IGM den Streik im Metallhandwerk von NRW auf nunmehr fünf Betriebe aus mit einer Gesamtbelegschaft von rund 300 Kolleginnen und Kollegen. In weiteren elf Betrieben hatte die bisher durchgeführte Urabstimmung die nötige Mehrheit für den Streik ergeben.

Bisher wurden mit rund 60 Betrieben Firmentarife über eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden abgeschlossen. Diese Tatsachen widerlegen die ewige Propaganda des Bundesverbandes der Fachverbände des Deutschen Handwerks (BFH) und der Tarifgemeinschaft, die Forderung der IG Metall habe einerseits keine Basis in den Belegschaften und führe andererseits zum Bankrott der betreffenden Firmen und damit zum weiteren Verlust von Ar-

beitsplätzen.

Gegen die Streiktaktik der IG Metall hatten verschiedene Handwerksbetriebe die Arbeitsgerichte angerufen und einstweilige Verfügungen beantragt. Nachdem zunächst drei Arbeitsgerichte dies abgelehnt hatten, hat in der vergangenen Woche auch das Landesarbeitsgericht Düsseldorf das Urteil des AG Wesel bestätigt. Die Unternehmer hatten argumentiert, da sie ja Mitglied im Unternehmerverband seien und der zuständig für die Tarif-

verhandlungen, sei es unrecht, wenn nun nur sie bestreikt würden. Trotz dieses Urteils will die Tarifgemeinschaft auch das LAG Hamm anrufen wegen zweier Urteile westfälischer Arbeitsgerichte.

In den Streiktagen haben die Metallhandwerker der verschiedenen Betriebe bisher starke Solidarität nicht nur von anderen IG Metallern sondern auch von Mitgliedern und Funktionären zahlreicher anderer DGB-Gewerkschaften erfahren.

Gegenwärtig laufen noch die sogenannten Sondierungsgespräche zwischen den Verhandlungskommissionen ohne daß bisher Konkretes zu erfahren gewesen wäre.

Modell Amerika:

Mitbestimmung für Lohnverzicht

Die Nachrichtenagentur dpa spricht von einem neuen Kapitel in „der Geschichte der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital in den USA“. Die ehemals mächtige Automobilarbeitergewerkschaft UAW hat für ein bißchen Mitbestimmung Lohnverzicht und den Abbau erkämpfter Arbeiterrechte in Kauf genommen.

Der Automobilgigant General Motors (GM) plant 900 Kilometer von der Automobilmetropole Detroit entfernt den Bau eines neuen Werkes für Kompaktautos, um der japanischen Konkurrenz auf dem eigenen Markt begegnen zu können. Schon vor zwei Jahren gewannen sie die Gewerkschaft UAW dafür, eine gemeinsame Kommission für das ganz neue Projekt zu bilden, und den jetzt unterschriebenen Vertrag vorzubereiten.

Hauptbegründung für die neuen Vereinbarungen sind die angeblich weitaus niedrigeren Lohnkosten in Japan, die pro Kleinwagen mehr als 2000 Dollar (z. Z. knapp 6000 DM) ausmachen würden. Somit war klar, daß die Studiengruppe vor allem die bisher geltenden Lohnsätze senken mußte. Unter dem Druck der in den USA gefährlich ausgemalten „japanischen Gefahr“ für die Arbeitsplätze, aber auch der konservativen Regierung und der Presse, sowie unter dem Eindruck vieler verlorener Arbeitskämpfe gegen Lohn-

und Sozialabbau (erst kürzlich mußten Stahlarbeiter in Pittsburgh eine Niederlage hinnehmen) und schließlich vieler reaktionärer Gerichtsentscheidungen gegen Gewerkschaftsrechte in den Betrieben einigte sich die UAW mit dem GM-Management auf folgenden Vertrag: Die 6000 Arbeiter in dem neuen Werk erhalten — erstmals in den USA — ein beschränktes Maß an Mitbestimmung. Weiterhin garantiert die Unternehmensleitung 80 Prozent der Beschäftigten einen sicheren Arbeitsplatz. Dafür willigte die Gewerkschaftsführung ein, 20 Prozent der Arbeiter als „konjunkturpolitische Manövriermasse“ zu behandeln, die Löhne betragen höchstens 80 Prozent dessen, was allgemein in der Industrie bezahlt wird und schließlich fallen hunderte seit langem festgeschriebener sogenannter Job Classifications weg, die bislang verhindert, daß die Arbeiter einfach versetzt, an weniger qualifizierte Arbeitsplätze abgeschoben werden konnten.

Zunächst gab es in der UAW noch Widerstand. Gewerkschafter sprachen vom Ausverkauf alter Gewerkschaftsrechte und beklagten unter anderem auch die Aufgabe des „Senioritätsprinzips“, das bislang den ältesten Arbeitern die besten Jobs garantierte. Der mit GM ausgehandelte Plan wurde dann zunächst einmal vom UAW-Vorstand abgelehnt, nach einer Überarbeitung — die nach Ansicht von Experten ganz geringfügig ist — Ende Juli jedoch unterschrieben.

Die US-amerikanischen Gewerkschaften waren einmal stark im Kampf für mehr Geld für ihre Mitglieder. Diesen Kampf hat zumindest die UAW aufgegeben. Und schon wird in den Zeitungen der USA diskutiert, ob die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form überhaupt noch eine Existenzberechtigung haben. Und der „Christian Science Monitor“ schreibt schon mit großem Wohlwollen für den Vertrag, dies Experiment zeige, „daß die Gewerkschaftsbewegung nicht unbedingt an das Schema Löhne-Sozialleistungen gebunden ist, das den Arbeitern für den größten Teil dieses Jahrhunderts gedient hat, das aber möglicherweise überholt ist.“

Kommentar

Brunnenvergiftung?

Kaum war die auf Harmonie bedachte gemeinsame Presseerklärung zum Treffen der DGB-Spitze mit Kohl und weiteren Regierungsmitgliedern verbreitet, da wurde die neue Gemeinsamkeit durch Geißlers schrille Töne gestört.

Der CDU-Hausdemagoge hatte in einem Interview geäußert, die SPD habe im DGB „die stärkste Hilfstruppe der Sozialdemagogie“.

Geißler beeilte sich zu versichern, das Interview sei bereits vor einigen Wochen gegeben worden. Na und? Das bedeutet ja wohl nur, daß Geißler damals den taktischen Vorteil, den die Regierung daraus ziehen wird, wenn es ihr im September tatsächlich gelingt, den „Dreier-Gipfel“ (Regierung, DGB, Unternehmerverbände) zu realisieren, noch nicht überblickt hat. Ansonsten bedeutet es, daß Geißler im Grundsatz eine solche Strategie der Diffamierung und Isolierung der Gewerkschaften für angemessen hält.

Der ÖTV-Vorstand sprach nach der Veröffentlichung des Geißler-Interviews von „politischer Brunnenvergiftung“. Das hört sich heftig an. Nur: war der Brunnen zwischen DGB und Regierung vor der Geißler-Äußerung etwa unversehrt?

Wolfgang Warburg vom Hauptvorstand der ÖTV vermutet: „Offenbar habe der CDU-Generalsekretär ein gestörtes Verhältnis zur Rolle der Gewerkschaften.“

Mit Verlaub: welcher ernstzunehmende Gewerkschafter hätte je etwas anderes vermutet?

Rappe von der IG Chemie bezeichnete Geißlers Äußerung „als schwere Belastung für das vorgesehene Gespräch der Bundesregierung mit Gewerkschaftern und Arbeitgeberern am 5. September“.

Von Rappe weiß man, daß er innerhalb der DGB-Führung am konsequentesten den Kurs der Zusammenarbeit mit der Bonner Regierung vertritt. Wenn er von „schwerer Belastung“ spricht, meint er es bedauernd.

Kurzum: diese Reaktionen auf die Geißler-Äußerung verraten vor allem, daß die der Regierung einmal gereichte Hand ausgestreckt bleiben soll.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk meinte DGB-Chef Breit, daß die Bundesregierung versuche, politisches Kapital aus einer solchen Gesprächsrunde zu

schlagen, dürfe niemanden überraschen.

Es überrascht ja auch niemanden. Es stellt sich nur die Frage, welches politische Kapital eigentlich die Gewerkschaften aus der ganzen Angelegenheit ziehen können.

Nicht nur die Geißler-Äußerung, auch die Verfassungsklage gegen das hessische Personalvertretungsgesetz, die Stellungnahme von führenden Koalitionspolitikern für die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes im Sinne des Franke-Erlasses zeigen, daß auch nach dem Kanzlergespräch die Bonner Koalition die Gewerkschaften weiter herausfordern wird.

Die DGB-Führung aber hat sich mit ihrer Zusage zum Dreiergespräch von dieser sozialreaktionären Regierung in die Pflicht nehmen lassen. Alle beschwichtigenden Äußerungen (Breit: „nicht alles, was in das Treffen hineininterpretiert worden ist, erscheint gerechtfertigt“) ändern daran nichts.

Der DGB ist durch die Führungsspitze in ein Dilemma manövriert worden. Setzt er den Kurs der „gemeinsamen Gespräche“ fort, bindet er sich für die Mobilisierung gegen die Regierungspolitik weitgehend die Hände. Läßt er die Gespräche scheitern, wofür es ausreichend hinreichende Anlässe geben wird, wird die Regierung ihm die Schuld für das Scheitern der „großen Gemeinschaftsanstrengung“ in die Schuhe schieben. Dann wird Geißler von der Kette gelassen.

Der Schwier-Plan

Der Schwier-Plan (benannt nach einem sozialdemokratischen Kultusminister in NRW) hörte sich so einleuchtend an: Wenn es so viele arbeitslose Lehrer gibt, dann sollen die beschäftigten Lehrer bei vollem Gehaltsverzicht auf eine Teilzeitstelle gehen. Für das eingesparte Geld versprach besagter Kultusminister, arbeitslose Lehrer einzustellen.

Die Arbeitsplatzbesitzer müssen ihre Solidarität mit den Arbeitslosen durch Einkommensverzicht beweisen — es ist schwer, dagegen den gewerkschaftlichen Standpunkt zu vertreten.

6000 Lehrer haben sich — ohne Zweifel aus besten Motiven — auf eine Teilzeitstelle setzen lassen. Trotz der Bedenken der GEW und vieler Personalräte.

3000 Lehrer würden eingestellt. Auf drei Jahre befristet. In den Arbeitsverträgen heißt es wörtlich: „Der/die Angestellte wird ... über den festgelegten Bedarf hinaus beschäftigt, um ihm/ihr die Gelegenheit zu geben, sich um eine andere Tätigkeit als die Tätigkeit eines Lehrers im Landesdienst zu bemühen oder um sich für einen anderen Beruf qualifizieren zu können.“

Verständliche Empörung bei den Kolleginnen und Kollegen, die das Schwiersche Notopfer gebracht haben.

Verständliche Empörung auch bei den Kolleginnen und Kollegen, die Schwier nach dreijähriger Stippvisite im Lehramt wieder ins Taxi setzen will, falls man in drei Jahren als Taxifahrer noch ankommt.

So hat sich der Schwier-Plan als Beschäftigungsförderung a la Blüm entpuppt.

Gemeinwirtschaft mit Nachdruck

Die Gemeinwirtschaft muß dem Gemeinwohl dienen. Schon in der letzten Ausgabe beschäftigten wir uns damit, daß diese beschwörende Formel doch reichlich hilflos wirkt angesichts der Kette von Skandalen, die die sogenannten gemeinwirtschaftlichen Unternehmen dem DGB gerade deshalb bescheren, weil sie dem kapitalistischen Profitstreben dienen.

Ende September soll nun eine „Gemeinwirtschaftskonferenz“ mit den Unternehmensvorständen und den zuständigen Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaften stattfinden.

Helmut Teitzel, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand zuständig für den Bereich Gemeinwirtschaft, meinte zur Einstimmung, der gemeinwirtschaftliche Auftrag der einzelnen Unternehmen müsse mit Nachdruck verdeutlicht werden.

Er weiß auch schon wie: „Daß co op ein gemeinwirtschaftlicher Betrieb sei, könne das Unternehmen zum Beispiel durch praktizierten Umweltschutz demonstrieren. Ich denke etwa an eine Vorreiterrolle bei der Einführung umweltfreundlicher Verpackungen.“

Wie ist er bloß auf diese originelle Idee gekommen?

Vielleicht, weil Mehrwegflaschen sich in der DGB-Spitze so gut bewährt haben?

Anti-NATO-Kongreß

In einem Rundschreiben an alle Gruppen der Friedens-, Anti-Kriegs, Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung hat der Trägerkreis der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF) zu einem Anti-NATO-Kongreß für das Frühjahr 1986 eingeladen. BUF schreibt unter anderem in ihrem Rundschreiben:

Der Trägerkreis der „Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen“ (BUF) ist zu der Auffassung gelangt, daß die NATO-Frage in der BRD an Brisanz gewinnt. Es bestehen die Chancen und auch die Notwendigkeit, daß die Anti-NATO-Position nicht länger auf ein Randdasein reduziert bleibt.

Somit schlägt der BUF-Trägerkreis vor, im Frühjahr nächsten Jahres einen Kongreß gegen die NATO (ein Titel muß noch gefunden werden) in der BRD durchzuführen. Dieser Kongreß sollte dazu beitragen, das Tabu „NATO“ in der Friedensbewegung zu brechen und das Versprechen des „Koordinationsausschusses der Friedensbewegung“ einlösen zu helfen, dieses Thema breit zu diskutieren.

Er sollte aber auch alle Kräfte dieses Landes zusammenführen, die gegen die NATO orientiert sind, um realistisch und offen unsere Situation zu diskutieren und dazu beizutragen, gemeinsame Handlungsperspektiven zu erarbeiten.

Darüber hinaus könnte dieser Kongreß der Anfang eines internationalen Arbeitszusammenhangs sein.

• Deshalb laden wir alle diejenigen, die das Engagement gegen die NATO für unverzichtbar halten, ein, dieses Projekt mit uns zu diskutieren und gemeinsam vorzubereiten. Wir rufen zu einem ersten Treffen auf, daß am Sonntag, den 6. Oktober 1985, 12 - 18.00 Uhr, in Frankfurt stattfinden wird. (Der genaue Tagungsort wird nach vorheriger Anmeldung rechtzeitig mitgeteilt, ggf. zusammen mit entsprechenden Vorbereitungspapieren.)

Dort sollten Funktion, Konzeption und Aufgaben eines solchen Kongresses diskutiert und ein Vorbereitungskreis gebildet werden. Es wäre gut, wenn ihr euch vorher schon eine Meinung bilden könntet. Noch besser wäre es, wenn ihr uns schon vorher eure Meinung zu unserem Vorschlag mitteilt, damit eine öffentliche Diskussion möglich wird. Bitte teilt uns auch mit, mit wievielen Leuten ihr ggf. an dem Treffen teilnehmen wollt.

• Deshalb laden wir alle diejenigen, die die NATO-Frage zwar für wichtig halten, aber nicht in den Vordergrund stellen möchten und auch alle diejenigen, die andere Strategien eines Friedensengagements — ohne Infragestellung der NATO — verfolgen, zu einer öffentlichen Debatte dieses Themas ein. Sagt und schreibt uns eure Meinung, nutzt eure eigenen Veröffentlichungsmöglichkeiten, so wie wir diese Debatte so breit veröffentlichen wollen, wie es uns möglich ist.

Wir finden es gut, wenn möglichst viele Genossinnen und Genossen, die in Friedensgruppen engagiert sind, in ihren Gruppen diesen Kongreß vorbereitend diskutieren würden und eine Stellungnahme ihrer Gruppe zur Frage: kein Frieden mit der NATO / BRD raus aus der NATO / Wie sollte ein Anti-NATO-Kongreß aussehen? erarbeiten würden.

Es gibt inzwischen einen Konzeptentwurf für den Anti-NATO-Kongreß, der bei uns oder bei BUF bestellt werden kann. Eure schriftlichen Stellungnahmen schickt bitte an BUF und an den „Roten Morgen“, wo wir sie auch (falls — hoffentlich — vorhanden) abdrucken wollen.

Hier die Adresse: BUF c/o KoZu, Bodelschwingstr. 13, 3500 Kassel

USA drängen auf Entscheidung

Bonn jetzt doch für SDI?

Am 31. Juli erklärte Richard Perle, Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, in einer Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn, daß die US-Regierung im Herbst den Abschluß eines Regierungsabkommens mit der Bundesrepublik über die Beteiligung am SDI-Projekt erwarte. Ein eindeutiges Dementi der Bundesregierung gab es nicht.

Auf die Frage von Egon Bahr, ob die Bundesrepublik schon so weit zur Bananenrepublik geworden sei, daß bundesdeutsche Entscheidungen jetzt von einem US-Staatssekretär verkündet würden, war die Antwort, es seien noch keine „Verabredungen“ getroffen. Ein Vertragsabschluß, hieß es weiter, komme nur in Frage, wenn er „nationalen Interessen“ diene. Womit natürlich nicht die Friedensinteressen der bundesdeutschen Bevölkerung gemeint waren, sondern das spezielle Interesse der deutschen Wirtschaft an freiem Austausch und ungehinderter Nutzung von Technologien. Diese Verlautbarungen der Bundesregierung lassen für die endgültige Entscheidung, die getroffen werden soll, nachdem eine Kommission, bestehend aus Bundespolitikern und Vertretern der Industrie, im September in den USA war, Schlimmes befürchten.

Tatsächlich hat jetzt, wie die „Süddeutsche Zeitung“ meldete, auch Kanzler Kohl für ein Abkommen plädiert, „nachdem Industrievertreter

eine Absicherung von Regierungsseite vorgeschlagen hatten.“ (SZ, 1.8.85) Bei diesen Industrievertretern dürfte es sich um Vertreter aus dem Kreis der ca. 30 Konzerne handeln, die für den Einstieg in SDI in Frage kommen, darunter AEG, Siemens, Zeiss, MBB, Dornier, Dt. Babcock, Wacker-Chemie, MTU, SEL, Leitz und Nixdorf. Wobei Dornier und eine weitere Firma aus diesem Kreis bereits eine SDI-Beteiligung besitzen sollen.

Ursprünglich hatte die Bundesregierung wohl geglaubt, einer klaren politischen Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt aus dem Weg gehen zu können, nachdem die US-Regierung angeboten hatte, daß ausländische Firmen sich auch dann beteiligen könnten, wenn die jeweiligen Regierungen kein Beteiligungsabkommen abschließen. Aber so hatte Washington nicht gewettet. Die amerikanische Absicht war wohl eher die, den ausländischen Firmen einen Köder anzubieten, um auf diese Weise entsprechenden Druck auf die

Regierungen zu erzwingen. Denn wie u.a. der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger jetzt erklärte, können Firmen beispielsweise aus Britannien und der Bundesrepublik lediglich mit Aufträgen in der Höhe von 10 bis 20 Millionen Dollar rechnen, wenn ihre Regierungen kein Abkommen über die Beteiligung an SDI abschließen. Die Erwartungen der britischen Industrie lagen aber bei einem Auftragsvolumen von ca. 200 Mio Dollar. Und nicht umsonst benutzte US-Staatssekretär Perle die Tatsache, daß nach neuestem Beschluß bereits 1986 2,7 Mrd Dollar für die SDI-Forschung ausgegeben werden sollen, als Hauptargument bei seinem Werben für die westdeutsche Beteiligung an SDI.

Es scheint also bereits zwei Wochen nach der Vereinbarung über EUREKA (European Coordination Agency) für die Bundesregierung die Alternative EUREKA oder SDI nicht mehr zu geben. Es sieht im Moment vielmehr so aus, als ob es EUREKA und SDI geben soll; als ob Strauß und Dregger, die schon immer dafür waren, nun auch in Teilen der Bundesregierung für ihre Pläne Unterstützung finden.

Eine Beteiligung der BRD an der sogenannten Strategischen Verteidigungs-Initiati-

ve SDI aber muß verhindert werden. Und zwar von Anfang an. Denn die von der Bundesregierung behauptete Trennung von (unmilitärischer) Forschung und militärischer Entwicklung und Produktion gibt es nicht. Das weiß auch die Bundesregierung ganz genau. Warum sonst hat die CDU/CSU-Fraktion den von der SPD-Fraktion dem Bundestag vorgelegten Vertragsentwurf über das Verbot der Entwicklung von Weltraumwaffen und von entsprechenden Tests der von Naturwissenschaftlern verfaßt wurde, als „unausgewogen“ zurückgewiesen?

SDI hat mit Verteidigung in dem Sinne, daß es die Menschen vor den Folgen eines Atomkrieges oder gar vor dem Ausbruch eines solchen Krieges schützen soll, nichts zu tun. SDI ist Verteidigung im militärischen Sinn und als solche notwendiges Element der Kriegsführung. SDI kann und soll nur militärische Systeme verteidigen (Punktverteidigung) — und zwar in den USA. Wobei die entscheidende Aktion gegen die gegnerischen Raketen in den ersten fünf Flugminuten stattfinden muß. Wo sich sowjetische Interkontinentalraketen, um die es dem Pentagon ja geht, aber dann befinden, kann man sich leicht ausrechnen.

SDI ist aber auch; nicht

Verteidigung in dem Sinn, daß es einfach um den Schutz vor einem gegnerischen Angriff ginge. Denn ein Vollauffgriff sowjetischer Atomraketen kann nicht abgewehrt werden — auch nicht von SDI. SDI kann aber sehr wohl wirksam werden, wenn es sich nur um einen atomaren „Restangriff“ handelt. Wenn also ein amerikanischer atomarer Erstschoß bereits entscheidende Teile des sowjetischen atomaren Potentials vernichtet hat. SDI ist also nichts anderes als ein Bestandteil der amerikanischen Erstschoßstrategie und somit der Versuch, einen Atomkrieg endgültig für die USA gewinnbar und damit führbar zu machen.

Deshalb darf es eine bundesdeutsche Beteiligung nicht geben. SDI ist aber auch abzulehnen, weil es zwar mit seinen astronomischen Kosten der Industrie einmalige Profite verspricht, die Werktätigen dafür aber mit ungeheuren Opfern werden bezahlen müssen. SDI, das angebliche Dorado der Forschung, wird aber auch — und darauf haben zahllose Naturwissenschaftler hingewiesen — verheerende Folgen für die Forschung haben. Ganz einfach deshalb, weil es die Forschung insgesamt in erheblichem Maße militarisieren und zivile Forschung endgültig ins zweite Glied rücken wird.

100 Tage Hoffmann-Prozeß

Im Juli ging der Nürnberger Prozeß gegen den Chef der Wehrsportgruppe Hoffmann in seinen 100. Verhandlungstag. Wir veröffentlichen aus diesem Anlaß ein Kapitel aus einer sehr informativen Broschüre, die kürzlich über den Hoffmann-Prozeß erschien: „Die Zeugen und ihre Beeinflussung durch Hoffmann“.

Morddrohungen gegen Zeugen

Am 25.2.85 berichtete der Zeuge Alfred Kees auf die Frage von Oberstaatsanwalt Horn, ob er jemals bedroht worden sei: „Ja, ich bin mehrmals bedroht worden.“ Uwe Behrendt, der die Schüsse in Erlangen abgegeben haben soll, soll zu ihm in Beirut gesagt haben, wenn er über den Mord aussage, werde er sofort erschossen.

Mitte 1982, also längst nach der Verhaftung Hoffmanns, sollen die beiden WSG-Mitglieder Stefan Faber und Rudolf Klinger getrennt zu ihm nach Ingolstadt gekommen sein und zu erreichen versucht haben, daß Kees sämtliche, Hoffmann belastende Aussagen zurückzieht. „Klinger hat mir erzählt, daß er schon bei Fraas war, ihn mit dem Tod bedroht habe. Fraas soll dann zur Rücknahme seiner Aussagen bereit gewesen sein.“ Auch er, Kees, wurde von Klinger mit dem Tod bedroht: „Wegen dem Judenschwein braucht sich Hoff-

mann nicht einsperren lassen.“

Juristische Tips von Hoffmann für die Belastungszeugen

Ein Gefangener in der JVA Nürnberg hat — so Alfred Kees — erklärt, er sei „nur Vermittler zwischen Kees und Hoffmann“. Er habe ihm von Hoffmann ausgerichtet, „wenn ich den Erlanger Mord nicht zurücknehme, daß er mich dann umbringen läßt.“ Kees legte dem Gericht zum Beweis zwei Kassiber vor, die er von Hoffmann erhalten hatte. Die Frankfurter Allgemeine vom 13.2.85 berichtete aus diesen Schreiben:

„Von der gegenseitigen Selbstzerfleischung, heißt es in dem maschinengeschriebenen, sehr langen Text, habe niemand etwas, höchstens die Justiz. Was Kees vor der Polizei über einen angeblichen Mordauftrag gefaselt habe, sei nicht zu begreifen. Das Ende des Kassibers enthält dann den entscheidenden ju-

ristischen Tip: Aussagen vor der Polizei, die vor Gericht nicht bestätigt würden, könnten dem Zeugen zwar immer wieder unter die Nase gerieben werden, jedoch nicht mehr ins Urteil einfließen. Letzten Endes gelte nur das, was in der Hauptverhandlung gesagt werde.“

Als Beweis dafür, daß Kees konkret unter Druck gesetzt wurde, legte Kees dem Gericht einen handschriftlichen Brief eines Mitgefangenen vor.

Darin war laut FAZ zu lesen, „Hoffmann habe über einen Mittelsmann an A. Kees die Bitte herangetragen, die Aussage zurückzunehmen und als erfunden zu charakterisieren. Verhalte sich Kees entsprechend, werde er zum Dank dafür in seiner eigenen Sache von ihm, Hoffmann, ebenfalls geschont werden. Tatsächlich kann oder konnte sich Hoffmann einbilden, Kees irgendwie in der Hand zu haben, denn eines Tages werden beide, der Angeklagte und der Zeuge, die Rollen tauschen müssen. An den Folterungen im libanesischen Lager soll Kees nicht nur passiv, sondern auch ziemlich aktiv beteiligt gewesen sein. In Nürnberg aber hat er auch in dieser Hinsicht Hoffmann schwer belastet — und sich selbst dazu.“

Die Aussicht, Hoffmann als Zeugen im eigenen Ver-

fahren wiederzubegegnen, haben mehrere ehemalige WSG'ler, da ihnen wegen der brutalen Folterungen im Libanon selbst der Prozeß gemacht werden soll. Kurz vor Prozeßbeginn wurde gegen sie wegen der Vorgänge im li-

banesischen Lager Anklage erhoben. Dadurch haben sie nun im Prozeß gegen Hoffmann wegen der Gefahr der Eigenbelastung ein Aussageverweigerungsrecht, von dem sie teilweise Gebrauch machen.



Die Broschüre ist zu bekommen bei: Bürgerinitiative 5. März — Bürger beobachten Polizei und Justiz, c/o Kommunikations-

zentrum, Königsstr. 93, 8500 Nürnberg 1. Preis der Broschüre 3,— DM.

Ein Nachtrag zur Diskussion um den 8. Mai

„40 Jahre danach“ oder „Führt Kapitalismus zum Faschismus?“

Zum 8. Mai veröffentlichte Hans Preiss, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall einen Artikel in der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“. Titel: „40 Jahre danach“. Als Antwort darauf schrieb der Gewerkschaftssekretär Volker Jung, MdB und Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand, einen Beitrag mit der Überschrift „Führt Kapitalismus zum Faschismus?“

Hans Preiss' Artikel unterscheidet sich von anderen gewerkschaftlichen Beiträgen zur Diskussion um den 8. Mai in verschiedener Hinsicht: durch die Schärfe, mit der er das direkte Interesse (und nicht nur die üblicherweise beklagte Mitschuld) des Kapitals an Hitler-Faschismus und II. Weltkrieg beschreibt; durch die Tatsache, daß er die Gefahr einer erneuten Rechtsentwicklung nicht wie vielfach üblich bei den „Ewig-Gestrigen“ angesiedelt sieht, sondern vor einer neuen Form des Faschismus warnt, die auf „leisen Sohlen aus den vollklimatisierten Räumen der Konzernzentralen, aus den Ministerien, der Justiz und dem Militär“ kommt.

Und er unterscheidet sich auch dadurch, daß er die Frage nach der Niederlage der Arbeiterbewegung damals nicht losgelöst stellt von der Frage nach dem „Versagen der Partei- und Gewerkschaftsführungen schon 1929/30“. Wobei eine der Schlußfolgerungen daraus für den heutigen gewerkschaftlichen Kampf die Warnung vor der „illusionären Vorstellung vom neutralen, über den Klassenkonflikten stehenden Staat“ ist.

Wenn Volker Jung seine Antwort auf diesen Beitrag mit der Frage überschreibt, ob Kapitalismus zum Faschismus führt, dann selbstverständlich nicht deshalb, weil er diese Frage ernsthaft untersucht haben will. Was nicht sein darf, das nicht sein kann — da sei das Godesberger Programm der SPD vor. Nein, er stellt die Frage so, wie andere die Frage nach der FDGO stellen. Nur, daß man in diesem Fall die Frage nicht mit „Ja“, sondern mit „Nein“ beantworten muß, wenn man nicht die Anerkennung als — selbstverständlich — „sozialistischer“ — Demokrat verlieren will.

Denn wenn man diese Frage mit „Ja“ beantwortet (was Hans Preiss so umstandslos gar nicht tut) — was ist dann mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung? Soll sie etwa weg? Volker Jung stellt in seinem Beitrag die Frage: „Oder sollten wir lernen, daß die parlamentarische Demokratie — unter den Bedingungen kapitalistischer Profitwirtschaft — prinzipiell unfähig ist, ihre ökonomischen und politischen Krisen zu meistern?“ Wer das meint, so Jung, soll es deutlich sagen. Allerdings nicht deshalb, weil sich dann besser diskutieren läßt, sondern weil sich der Diskussion dann besser aus dem Wege gehen läßt — denn was man von Kommunisten zu halten hat, weiß man ja.

Die Antwort von Jung an Preiss ist denn auch nichts anderes als der Versuch, jeder ernsthaften Auseinandersetzung mit den Argumenten und Thesen Preiss' aus dem Wege zu gehen, indem zuerst das Gespenst des Kommunismus beschworen und dann mit plattesten rechtssozial-

demokratischen Weisheiten „erledigt“ wird. Hilfsweise wird dann noch die Frage aufgeworfen, ob der Autor mit seiner Warnung vor den Illusionen über den angeblich neutralen Staat etwa sagen wolle, es sei egal, ob Sozialdemokraten oder Konservative regieren. Womit nach Ansicht von Volker Jung offenbar für jeden Sozialdemokraten und Gewerkschafter die Scheußlichkeit und Verwerflichkeit aller Überlegungen, die die geltenden Eigentumsverhältnisse grundsätzlicher kritisieren, hinreichend klargestellt ist.

Wir veröffentlichen im Folgenden einige Auszüge aus dem Artikel von Hans Preiss.

„Die Aufarbeitung unserer Vergangenheit kann glaubhaft nur erfolgen, wenn wir das Versagen der

breitester Zustimmung sagten, daß der Kapitalismus zum Faschismus geführt hat und daß jetzt Schluß sein müsse. Es gab die ungezählten Gewerkschafter, die 1945 nicht nur das Werkzeug aus dem Schutt holten, sondern auch wieder anfangen Kartelle und Ortsverwaltungen aufzubauen und Beiträge zu kassieren.

Dabei ging es nicht bloß um Tagesfragen, um Essen und Wohnen. Es gab ein Programm, das noch von 1918 her lebendig war: Entmachtung des Großkapitals durch Sozialisierung! Bergwerke — Energieerzeugung — Schwerindustrie — Verkehrswesen — all das sollte sozialisiert werden, und wir wissen heute, daß es wieder lief wie 1918/19. So viele Versäumnisse damals, so viele Dauerkrisen haben wir heute: Atomfizz und Werften-



Partei- und Gewerkschaftsführungen schon 1929/30 nicht verdrängen. Ich meine, Aufarbeitung nicht mit dem Ziel einer Schuldzuweisung, sondern mit dem Anspruch, tatsächlich aus der Geschichte zu lernen. Tatsache ist: Wir haben Hitler nicht verhindert, weil wir die faschistische Gefahr verdrängt haben. Statt des konsequenten Kampfes gegen den Faschismus haben wir den Streit in den eigenen Reihen nicht beendet. Wir waren blind für die Einheitsfront von Reaktion und Faschismus. Wir versäumten die richtige Stunde, als es noch möglich war, die Machterschleichung zu verhindern.

Für das Lernen aus der Geschichte auf dem 8. Mai 1945 das Wort von Erich Fried: „Das, was war, interessiert uns nicht, weil es so war, sondern weil es in einem gewissen Sinne deshalb noch ist. Unsere Gegner haben ihre Lektion gelernt. Heute verzichten sie auf Uniformen und genagelte Stiefel, Synagogen und Bücher werden nicht verbrannt. Die neue Form des Faschismus kommt auf leisen Sohlen aus den vollklimatisierten Räumen der Konzernzentralen, aus den Ministerien der Justiz und dem Militär.“ (...)

40 Jahre danach fragt kaum jemand: was ist geworden aus der Entnazifizierung, was ist geworden aus der Entmilitarisierung, was ist geworden aus der Sozialisierung? Das waren die drei Forderungen derer, die 1945 physisch und politisch überlebt haben. Man täusche sich nicht: es gab Möglichkeiten des Handelns, es gab jene Männer und Frauen der ersten Stunde, die mit

krise, nach der Kohlenkrise die Stahlkrise, heute Smogalarm und demnächst vielleicht die Auslöschung der Menschen. Wir fordern und fordern, aber wir wissen auch, daß die Forderungen in der Ablage landen. (...)

Heute — 40 Jahre danach — fragen wir: Haben wir es geschafft, die Gewerkschaften zum Träger eines Massenwiderstandes zu machen? Ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche zu einer politischen Bewegung gegen die Wende geworden? Wir haben gekämpft mit Aufbietung aller Kräfte. Wir haben die Entscheidung auf Messers Schneide zu unseren Gunsten erzwungen. Keiner redet von Niederlage. Selbst Herr Stihl redet nicht nur von 38,5 sondern bereits von 37,9 Stunden. Haben wir also gesiegt? Haben wir den Anstoß geben können?

Ich bezweifle es: Der Kampf ist politisch nur halbherzig unterstützt worden. Noch immer verharren wir in der Defensive. Wir schlucken es, wenn die Pressemitteilung der Bundesanstalt für Arbeit anfängt, als wäre sie beim Wetteramt in Offenbach gemacht: „Schnee und Frost ...“ (9Y/85) Das müssen ja ganz gehörige Bodenfröste gewesen sein, daß selbst der Steinkohlenbergbau Feierschichten einlegen mußte! Seit 20 Jahren sei es nicht mehr so kalt gewesen, sagt Herr Franke im Februar 1985. „Der außergewöhnlich harte Winter, der eine Kälte mit sich brachte, die in Deutschland seit 200 Jahren nicht beobachtet wurde ...“ So tönte es im Februar 1929 am Beginn der Weltwirtschaftskrise. Der russische

Winter, der „Für die Jahreszeit zu kalt“ und viel zu früh kam — so reden die Stammtischstrategen noch heute, und im Frühjahr wird es wieder heißen: „Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist gestoppt ...“ Wie lange wollen wir uns das eigentlich noch bieten lassen? Wie viele Millionen müssen es werden, bis wir aufwachen?

Aber alles bleibt sitzen. Der Kanzler des „Aussitzens“ hat ein völlig neues Sitzgefühl erzeugt. Die einen sitzen am Kamin, die anderen sitzen auf der Straße. Letztere werden immer mehr. Und ganz im stillen sitzen die Juristen und basteln am Verbändegesetz. „Euer letztes Bollwerk“ — so mahnte im September 1932 der DMV (Deutscher Metallarbeiter-Verband) zur Verteidigung der Gewerkschaften. Unser letztes Bollwerk sind sie auch heute. Die Unternehmer wissen das und sie rüsten, sie nutzen unser Abwarten, unser Aufatmen, daß es — Gott oder wem auch immer sei Dank — nicht schiefgegangen ist.

Die Wende zur „neuen Armut“ ist auch die Wende zur alten Unterdrückung — computergestützt, versteht sich. Der Kern der Sache ist unverändert: Verbändegesetz heute, Arbeitsordnungsgesetz damals — 1934. Verbändebeauftragter heute, Reichskommissar für das Gewerkschaftswesen damals — 1933. „Gemeinwohlträglich heute — staatsabträglich“ damals.

Was die Unternehmer 1984 tarifpolitisch verloren haben, das versuchen sie jetzt rechtspolitisch zurückzugewinnen. „Dämme gegen den Machtmißbrauch“ fordert E. G. Vetter in der FAZ. Dort wird nachgedacht. Nicht nur über das Jahr 2000, sondern auch über einen eleganten Weg, die Gewerkschaften in ein komfortables Ghetto zu komplementieren. Die „Dämme gegen Machtmißbrauch“ — aus Stacheldraht werden sie nicht sein. Schon eher von dem Stoff, aus dem die Träume sind: Mitverwalten, Mitgestalten, Vertrauen, Verantworten.

Über den juristischen Rahmen wird nachgedacht wie selten zuvor: Es denken nach:

- die Konrad-Adenauer-Stiftung,
- Der Wirtschaftsrat der CDU,
- die Mittelstandsvereinigung,
- ein Ausschuß der FDP,
- Herr Bangemann persönlich: „Nennen sie das Gesetz, wie sie wollen.“

Form und Name sind in der Tat gleichgültig, der Inhalt, die Richtung sind längst bekannt. Nur eine Unbekannte gibt es in der Gleichung, und könnte das ganze Spiel wieder einmal scheitern lassen: Das sind die Arbeiter, das sind die Angestellten, das sind all die kleinen Leute, die es angeht. Werden sie es noch lange mit sich treiben lassen? War der große Streik 1984 ein letztes Aufbäumen oder der Anfang? Das ist die Frage — 40 Jahre danach.

Die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen, die zum Faschismus führten, bestehen fort. Wir haben die kapitalistische Profitwirtschaft restauriert und unsere Vorstellungen von einer grundlegenden Neuordnung schubladiert. Die Saboteure der Weimarer Republik — Verwaltung, Justiz und Militär, stabilisierten den Faschismus und wirken bis zur Stunde fort. Flucht, in Ruhe, vordergründiger Wohlstand, Kalter Krieg und pri-

mitiver Antikommunismus verhindern die Bewältigung unserer Vergangenheit.

Die Konservativen haben kein Interesse, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Sie brauchen die Arbeitslosen, um ihre totale Wende, Schwächung der Gewerkschaften, Unterdrückung des kritischen Potentials, endgültig vollziehen zu können.

Was kosten die Politiker, was kostet der Putsch, das war die Frage der Flicks 1933, so fragen sie auch noch heute. Es ist das Verdienst des Buchhalters der Korruption namens Diehl, die Praxis der Verflechtung von Geldelite und Politik aufgezeichnet zu haben. Das ist auch nicht neu: Im Februar 1933 hieß es „Wg. Himmler 120000 RM“. „Wg. Brüning 150000“, „Hindenburg 950000“, „Schleicher 100000“, „Papen 100000“. Was tun?

Mut machen. Resolutionen helfen uns nicht weiter. Bevor wir etwas ändern, müssen wir uns ändern. Die größte Gefahr für die Demokratie sind nicht ihre Kritiker, die größte Gefahr sind die Ja-Sager, die Schweiger, die Opportunisten, die Angepaßten. Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom.

Der konservativen Wende müssen wir unsere sozialistische Utopie als die Wirklichkeit von morgen entgegensetzen. Sozialismus nicht definiert als ökonomisches System, sondern als Inbegriff aller Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Menschen, d. h. sowohl Absage an den liberal pervertierten Individualismus als auch Absage an den organisierten Kapitalismus in seinen destruktiven Ausformungen. Soll die letzte Chance für das Überleben der Menschheit genutzt werden, dann müssen nicht nur die Weichen, dann muß der ganze Fahrplan geändert werden.

Fahrplanänderung heißt:

1. Bekenntnis zu unserer Geschichte, zur Tradition der Arbeiterbewegung.

2. Kampf gegen die illusionäre Vorstellung vom neutralen, über den Klassenkonflikten stehenden Staat.

3. Verhinderung der kapitalistischen Krisenbewältigung durch Verschiebung der Krisenlasten auf jene Bevölkerungsschichten, die noch einen Arbeitsplatz haben oder bereits auf die Halde des gesellschaftlichen Sperrmülls abgekippt wurden.

4. Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Grundrechte. Der Angriff auf die Substanz der demokratischen Verfassung vollzieht sich 40 Jahre danach, ohne daß ein Datum der Machtergreifung bekanntgegeben wird.

5. Konsequente Unterstützung des Widerstands gegen den kalkulierten Völkermord.

6. Antifaschismus heute, das ist nicht der Kampf gegen eine NS-Massenbewegung, gegen einige Ewiggestrige und ihre Anhänger. Antifaschismus heute bedeutet Kampf gegen Versuche, kollektive politische Orientierungen nach recht zu wenden und sich für mehr Demokratie einzusetzen.

7. Aufarbeitung der Geschichte heißen, für radikale demokratische Reformen, für eine politische Kultur zu kämpfen, die faschistische Lösungen ihrer politischen und ökonomischen Krisen verhindert, sei es, daß diese sich in Knobelbechern oder computergesteuert anbieten.

Hap Grieshaber mahnt: „Unsere Freiheit ist überall bedroht. Selbst in der Heimat, wo man die Gefahr nur zu gerne übersieht. Schauen wir uns in der Nähe um, so gilt es rasch zu handeln, ehe der Blick vollends vergittert wird. Es gibt Gitter, die wir erst bemerken, wenn wir hinter ihnen sind.“

Bericht über eine gelungene Aktion

Fortsetzung von Seite 1

wieder, wie egal den Leuten oft ein fernes Land ist, wie sehr sie sich aber von den durchaus auch fernen „Russen“ bedroht fühlen, wie dumm oft auch die Unruhen irgendwo in der Welt den Sowjets in die Schuhe geschoben werden. Daß in Wirklichkeit die USA schon heute Uran aus Namibia beziehen, wird dann glatt verdrängt.

Die Demonstranten wurden nach ca. 70 Minuten von Polizisten aus dem Haus getragen, nachdem die Personalien aufgenommen worden waren. Wie üblich, faßten die Beamten sofort dann etwas härter zu, wenn z.B. im Treppenhaus keine Zeugen oder Kameras dabei waren. Da gab's dann auch blaue Flecken.

Nachdem alle glücklich wieder draußen waren, fand noch ein kleiner Zug durchs Bremer Zentrum statt. Zusammen mit einer Gruppe Afrikaner, die gleichzeitig gegen Apartheid demonstrierten, wurden nochmal unsere Forderungen verlesen:

- Schließung des Bremer SA-Konsulats;
- Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Südafrika;
- kein weiterer Rüstungsexport über Bremer Häfen z.B. nach Südafrika;
- Unterstützung der Widerstandsbewegung in Südafrika;
- der Bremer Senat soll alle seine Möglichkeiten in dieser

Richtung ausschöpfen! (Ob er das will?)

Diese zweistündige Aktion war mehrfach erfolgreich:

Viele Bremer wurden unmittelbar angesprochen, es gab viele lebhaft Diskussions.

Die Polizei hat sich mal wieder als Vertreter der Südafrika- und BRD-Wirtschaftsinteressen gezeigt und bei einigen sich durchaus unbeliebt gemacht.

Die Medien hatten großes Interesse an dieser Aktion. Alle Bremer Zeitungen (4) haben einen positiven Artikel gebracht, im Radio war am selben Nachmittag eine fast 10minütige Sendung, und das Regionalfernsehen war mit einer Kamera dabei und brachte abends zur Hauptsendezeit einen ca. 6minütigen Beitrag.

Alles in allem: zur Nachahmung empfohlen. Nicht nur die Konsulate eignen sich für die Öffentlichkeitsarbeit, auch Geschäfte mit auffallend vielen Früchten aus Südafrika, Autofirmen mit Niederlassungen in Südafrika (das sind alle deutschen Autofirmen), Pharmakonzerne, die kräftigen Umsatz in der Südafrikanischen Republik machen, fast jede deutsche Bank (nicht nur die Deutsche) etc. etc. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Jemand, der in Bremen dabei war.

(Natürlich ist der Name der Redaktion und der Reaktion bekannt.)

Pressemitteilung

Ausnahmezustand im südafrikanischen Konsulat in Bremen

Bremen, den 1.8.1985 Heute morgen hat eine Gruppe von Apartheid-Gegnern das südafrikanische Konsulat in Bremen besetzt. Damit soll sowohl gegen den Terror der weißen Regierung Südafrikas gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit, als auch gegen die Mitverantwortung bremischer Firmen, Banken und des Senats protestiert werden.

Mit dem jüngst verhängten Ausnahmezustand versucht das Apartheid-Regime die Befreiungsbestrebungen des südafrikanischen Volkes brutal zu unterdrücken. Die Bilanz allein seit dem 21.7.1985: über 1000 Verhaftungen, mehr als 20 Tote!

Auch Bremen ist an diesem blutigen Terror beteiligt:

- Der Bremer Senat ist mit 50,4 Prozent an der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) beteiligt. Über die Anlagen der BLG werden die Im- und Exporte (z.B. Früchte und Rüstungsgüter) von bzw. nach Südafrika abgewickelt. Die bremischen Häfen sind der wichtigste bundesdeutsche Umschlagplatz für den Handel mit Südafrika.
- In Bremen ansässige Rüstungsschmieden liefern das Kriegsmaterial für die Rassisten-Regierung in

Südafrika: z.B. Minenkampfbote von Abeking und Rasmussen, Kampfhubschrauber von MBB, Militär-Lkw von Daimler-Benz.

- Financiers der Apartheid: Bremer Landesbank, Bremer Bank, Deutsche Bank, Commerzbank.
- In Bremen ist, als einer der wenigen Städte, die südafrikanische Regierung direkt mit einem Konsulat (am Domshof) vertreten.

Diese Tatsachen strafen die vollmundigen Erklärungen Bremer SPD-Politiker Lügen, sie seien Gegner der Apartheid.

Es fehlt nicht an Worten, es fehlt an Taten:

- Schließung des südafrikanischen Konsulats am Domshof.
- Der Bremer Senat soll seine Mehrheitsbeteiligung an der BLG dafür benutzen, jeglichen Handel mit Südafrika über die bremischen Häfen zu verhindern.
- Der Bremer Senat soll sich über seine Beteiligung an MBB dafür einsetzen, daß MBB keine weiteren Rüstungsgüter nach Südafrika liefert.
- Tatkräftige politische und materielle Unterstützung der Widerstandsbewegungen in Südafrika durch den Bremer Senat.

Bremer Aktionsbündnis gegen Apartheid

Weiter Terror in Südafrika

Fortsetzung von Seite 1

Erstmals hat sich der Gewerkschaftskongreß der Bergarbeiter auch mit einer „rein politischen“ Frage befaßt. Am Mittwochabend (7.8.85) läuft ein 72-Stunden-Ultimatum der Bergarbeiter ab, das die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands fordert.

Wird diese Forderung nicht erfüllt, so wollen die Bergarbeiter alle Geschäfte in der Nähe der Bergwerke, die von Weißen geführt werden, boykottieren. Dieses Kampfmittel wird in einigen Städten schon gebraucht. Nach der Umfrage einer liberalen Oppositionszeitung erlitten Geschäfte, die boykottiert werden, in den letzten Wochen Umsatzeinbußen von 30 bis zu 100 Prozent. In mehr als einem halben Dutzend Orten hat sich der Boykott zu einer Existenzbedrohung für die weißen Geschäftsleute entwickelt. Die gut organisierten Boykottmaßnahmen in einigen Gebieten umfassen auch die vorherige Unterrichtung schwarzer Kaufleute, damit die sich auf erhöhte Nachfrage einrichten können, aber auch deren Kontrolle, damit sie die Situation nicht ausnutzen.

Bei diesen, wie vielen anderen Protestaktionen tritt immer wieder das breite Oppositionsbündnis United Democratic Front (UDF) hervor. Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen begann jetzt in der Provinzhauptstadt Pietermaritzburg ein Hochverratsverfahren gegen

16 führende Funktionäre der UDF. Blutiger „Aufakt“ dieses Verfahrens war die Ermordung einer Rechtsanwältin, die die Angeklagten verteidigen wollte. Die schwarze Rechtsanwältin Victoria Mxenge, die schon öfter für Leute von der UDF gearbeitet hatte, wurde wenige Tage vor Prozeßbeginn vor ihrem Haus in Durban „von Unbekannten“ erschossen. Als 1500 Menschen gegen den Mord demonstrierten, wurden wieder 30 festgenommen.

Auch die Beerdigung von Opfern der Rassistenherrschaft in Südafrika fällt jetzt unter Sonderbestimmungen des Ausnahmezustands. Kundgebungen bei Beerdigungen sind verboten, es darf immer höchstens nur ein Toter zu Grabe getragen werden. Etwa 1500 Menschen haben am vergangenen Sonntag diese Verordnung durchbrochen, indem sie eine große Trauerfeier und einen machtvollen Beerdigungszug für 10 Opfer der Polizeiwilkkür in Zwide nahe Port Elizabeth organisierten. Diese Beerdigung wurde zu einer Demonstration für die Beendigung des Ausnahmezu-

stands.

Die von der südafrikanischen Behörden gemeldeten bislang 1426 Festnahmen sind nur ein Bruchteil der Leute, die verschwinden. Selbst die bürgerliche Presse zweifelt diese Zahlen mittlerweile an. Denn fast täglich gibt es neue Kämpfe im Land. In Soweto bei Johannesburg ging die Polizei nach Berichten von Augenzeugen mit Tränengas, Peitschen und Hunden gegen demonstrierende schwarze Schüler vor, die die Polizei mit Steinen bewarfen. Unruhen gibt es in allen Provinzen Südafrikas.

Und während die Bonner Regierung sich weiter weigert, irgendwelche Maßnahmen gegen das Rassistenregime zu ergreifen, haben jetzt wenigstens die Grünen im Bundestag eine Sondersitzung des Bundestages beantragt, in der auch der westdeutsche Botschafter in Südafrika und das Auswärtige Amt Stellung nehmen sollen.

Alfred Dregger über die weißen Herrscher (Buren) Südafrikas: „Wenn ich Bure wäre, würde ich mich auch auf die Festung zurückziehen und um mich schießen.“

Eine dpa-Meldung vom 18.7.85, die lediglich in der „taz“ zu finden war:

Siemens entläßt 1100 Streikende

Johannesburg (dpa) — Siemens hat in Südafrika fünf Produktionsstätten in Johannesburg und Pretoria vorübergehend geschlossen und 1100 streikende schwarze Arbeiter entlassen.

Die Streikenden hätten arbeitswillige farbige Arbeiter bedroht und angegriffen, erklärte ein Sprecher des Unternehmens am Mittwoch in Johannesburg. In den

fünf Fabriken sind insgesamt 2 800 Arbeiter beschäftigt. Anlaß des Streiks war die Forderung nach Anhebung der Löhne um einen Rand (etwa 1,55 Mark) je Stunde. Siemens lehnte diese Forderung unter Hinweis auf die vom Metall-Arbeitgeberverband mit den Gewerkschaften zentral vereinbarten neuen Tarife ab, die am 1. Juli auch bei Siemens wirksam geworden waren.

Peru reduziert Zahlungen

Die enorme Verschuldung vieler Staaten Lateinamerikas war Thema einer internationalen Konferenz in Havanna, als auch Anlaß der ersten politischen Maßnahmen des neuen peruanischen Präsidenten Alan Garcia.

In Havanna waren für fünf Tage rund 1200 Politiker, Geschäftsleute, Gewerkschafter und Wissenschaftler zusammengekommen, um über die Schuldenkrise zu beraten. Während der Konferenz, die ohne gemeinsame Schlußerklärung beendet wurde, hat der kubanische Präsident Fidel Castro die Staaten Lateinamerikas aufgerufen, ihre Schulden bei westlichen Großbanken, den Regierungen und dem Internationalen Währungsfonds nicht zurückzahlen. „Die Verschuldung ist ein Krebs, der eine chirurgische Operation erfordert“, sagte Castro, der vorrechnete, daß sich die Auslandsschulden der lateinamerikanischen Staaten wegen der auflaufenden Zinsen selbst dann in den nächsten zwei Jahrzehnten vervielfachen würden, wenn jährlich zehn Milliarden Dollar getilgt würden. Viele Delegierte stimmten dem Boykottaufruf Castros zu, andere traten für Kompromisse ein, wie etwa für eine Begrenzung der Zins- und Kreditrückzahlungen auf einen bestimmten Prozentsatz der Exporterlöse eines Landes. Dem IWF wurde auf der Konferenz immer wieder vorgeworfen, durch unzumutbare Bedingungen für die

Schuldnerländer soziale Spannungen zu schaffen. Wenn es auch keine einheitlichen Beschlüsse gab, ist das Ziel der Konferenz erreicht worden, die Schuldenproblematik im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu halten und die öffentliche Meinung vor allem in den Ländern Lateinamerikas zu mobilisieren.

Konkrete Schritte gegen die ungeheure Schuldenlast hat Peru beschlossen. Der neue Präsident Alan Garcia hatte am 28. Juli angekündigt, daß Peru in den kommenden 12 Monaten die Zahlungen für seine Auslandsschulden von 14 Milliarden Dollar auf zehn Prozent seiner Exporteinnahmen begrenzen würde.

Alan Garcia forderte das Volk von Peru zu „nationaler Geschlossenheit“ auf, um „die wirtschaftliche Unabhängigkeit Perus zu verteidigen“. Die Peruaner ständen vor der Wahl „wegen einer Handvoll Dollar auf den Knien zu liegen oder aufrecht unser Schicksal in unsere eigenen Hände zu nehmen.“

Garcia sagte, es seien Restriktion und Repressionen wegen dieses Schrittes zu erwarten. Sie folgten prompt. Die US-Regierung hat ihre Entwicklungs- und Militär-

hilfe an Peru eingestellt. Begründung ist die Überfälligkeit einer Zahlung über 123 000 Dollar für Rüstungsgüter noch aus der Zeit des letzten Präsidenten Belaunde. Die peruanische Regierung hat die baldige Zahlung dieser Summe angekündigt, ob damit aber die US-Imperialisten Ruhe geben, ist fraglich.

Der mutige Schritt der neuen peruanischen Regierung könnte Schule machen und weite Kreise des imperialistischen Finanzkapitals empfindlich treffen. Viele Staaten Lateinamerikas haben sich hinter Peru gestellt. Ob sich das Land aus dem Würgegriff der Schuldenkrise befreien kann, wird aber in der Hauptsache davon abhängig sein, wie weit das Volk direkt davon profitiert, daß den ausländischen Blutsaugern weniger Geld gegeben wird. Die langen Jahre der Ausbeutung des Landes durch das internationale Finanzkapital haben ein armes Land aus Peru gemacht. Der Kampf gegen die Imperialisten kann nicht allein von Garcias Regierung geführt werden, die Mobilisierung der Volksmassen gegen das große Kapital ist eine notwendige Voraussetzung.

Nicaragua Contra-Terror

Mit der 27-Millionen-Dollar-Hilfe aus Washington im Rücken werden die Contras in Nicaragua immer dreister. Mehrere Terroranschläge in den letzten Tagen gehen vor allem auf das Konto der von der US-Regierung unterstützten konterrevolutionären Organisation FDN (Demokratische Front Nicaraguas).

Acht nicaraguanische Frauen sind am vergangenen Sonntag in einem Hinterhalt im Norden des Landes ermordet worden. FDN-Einheiten hatten einen Lastwagen angegriffen, mit dem Mütter zu ihren wehrpflichtigen Söhnen in ein Ausbildungslager zu Besuch gefahren werden sollten. Nicaraguas Präsident Daniel Ortega nannte daraufhin die US-Regierung und jene Kongreßmitglieder, die der Contra-Hilfe zugestimmt hatten, „Faschisten, Verbrecher und Mörder“.

Ebenfalls in der vergangenen Woche kam es zu schweren Kämpfen in der Nähe von Esteli. Mindestens zwölf nicaraguanische Soldaten starben bei den Kämpfen, die sich gegen mehrere Banden richteten, die von Honduras aus bis Esteli vorgezogen waren und unter anderem eine wichtige Brücke sprengten. 41 Contras konnten gefangen genommen werden. Bei einem Contra-Überfall auf die Polizeistation von La Trinidad, 140 Kilometer nördlich von Managua starben zwei Kinder. Bei einem mehrstündigen Gefecht gegen die Contras wurden 41 getötet und zahlreiche verwundet. Übereinstimmende Presseberichte sprechen von den schwersten Angriffen der letzten Jahre in Nicaragua.

Chile Neuer Polizeichef

Unter dem Druck der Protestbewegung mußte der Polizeichef Chiles — ein alter Mitstreiter Pinochets — seinen Rücktritt erklären. Er war beschuldigt worden, an der Ermordung von drei Kommunisten beteiligt zu sein. In einem von der demokratischen Öffentlichkeit Chiles erzwungenen Prozeß waren Tatsachen bekanntgeworden, die zur Anklage gegen 14, zum Teil sehr hohe Polizei- und Geheimdienstbeamten führte. Daraufhin trat der Polizeichef zurück.

Sein Nachfolger zeigte, wie es weitergehen soll: bei großen Razzien am vergangenen Wochenende wurden mindestens 12 führende Mitglieder von Menschenrechts- und Arbeitergruppen festgenommen und verschleppt. Nach der Schlappe mit dem alten Polizeichef hatte Diktator Pinochet angekündigt, daß verschärft gegen die Opposition vorgegangen würde.

Arbeiter aus Kosova demonstrierten in Bonn

Mehrere hundert albanische Arbeiter aus Kosova in Jugoslawien demonstrierten Ende Juni in Bonn. Sie forderten die Errichtung einer föderativen Republik Kosova in Jugoslawien und protestierten gegen den Terror gegen die in Jugoslawien lebenden Albaner und die diskriminierende Behandlung der Albaner durch die jugoslawischen diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik.

Rund 40000 Angehörige der albanischen Minderheit in Jugoslawien leben und arbeiten zur Zeit in der Bundesrepublik. Die Demonstrationsteilnehmer schickten uns den folgenden Brief und eine Resolution, die wir gern veröffentlichen:

„Heute, am 29. Juni 1985, fand in Bonn unsere Demonstration (der albanischen Arbeiter aus Kosova, die in West-Deutschland beschäftigt sind) statt. Die Demo wurde von der Bewegung für eine Albanische Sozialistische

Wir Teilnehmer der Demonstration am 29.6.1985 in Bonn, zu der die Bewegung für eine albanische sozialistische Republik in Jugoslawien aufgerufen hat, übergeben der Botschaft der S.F.R.J. in Bonn diese PETITION gerichtet an das Kollektive Präsidium der SFR Jugoslawiens, den Bundestag der SFR Jugoslawiens, die Parlamente aller Republiken und autonomen Provinzen, das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Jugoslawiens, KBJ, die Zentral- und Provinzkomitees des KB der Republiken und autonomen Provinzen. An die Öffentlichkeit Jugoslawiens.

Die Ermordung unseres Freundes Zija Shemsu am 3. Mai 1985 im Zentralgefängnis von Belgrad hat uns hart betroffen. Deswegen fordern wir von den Staatsorganen, diesen Fall zu untersuchen und die Mörder des Belgrader Gefängnisses vor Gericht zu stellen. Die Folgerungen und die harten Strafen, die die albanischen Gefangenen über sich ergehen lassen müssen, sind nicht berechtigt. Unser Volk rebelliert gegen diese Folterungen.

Wir fordern entschieden, daß die Verhaftungen, die

hohen Gefängnisstrafen, die Folterungen und Ermordungen von Albanern aufhören. Denn die Forderungen, die wir gestellt haben — Anerkennung des Status einer Republik für Kosova — ist gerecht und basiert auf der Jugoslawischen Verfassung. Die Ungerechtigkeit gegenüber uns und unseren Kollegen, die gezwungen wurden, im Ausland das Brot für ihre Familien zu verdienen, müssen ein Ende nehmen. Uns „Gastarbeitern“ muß das Jugoslawische Regime in der Heimat Arbeit geben. Und die Devisen, die wir auf den jugoslawischen Banken gespart haben, dürfen uns nicht weggenommen werden, um damit die Zinsschulden zu bezahlen. Dieses Geld gehört uns und muß uns zurückgegeben werden.

Von der diplomatischen Vertretung Jugoslawiens wird gegenüber uns Albanern eine diskriminierende Politik ausgeübt. Die Pässe von vielen albanischen Arbeitern werden nicht mehr verlängert. So bekommen wir Schwierigkeiten mit den Ausländerbehörden. Einige Arbeiter sind sogar gezwungen, Asyl zu beantragen, ein schweres Los für die betroffenen Familien. Deswegen fordern wir die jugoslawi-

Republik in Jugoslawien (BASRJ) aufgerufen. Die BASRJ verfaßte eine Petition, die an die jugoslawische Regierung — über die Botschaft der SFR Jugoslawien in Bonn — übergeben wurde. Alle Demonstrationsteilnehmer stimmten dieser Petition zu.

Für die deutsche Öffentlichkeit und Ausländer, die in der BRD arbeiten/leben, wurde auf der Demo ein Flugblatt in deutscher Sprache verteilt. Die Petition haben wir schnell und sinngemäß — in leicht gekürzter Form — übersetzt, um sofort, heute noch, verteilen zu können. Es würde eine große Unterstützung sein, wenn Sie unsere Petition bekanntmachen würden, um die Lage in Kosova bekanntzumachen, sowie die Forderungen der albanischen Bevölkerung zu verbreiten und zu unterstützen. Bonn, den 29.06.1985

Die Demonstrationsteilnehmer“

sche Regierung auf, dieses diskriminierende Vorgehen zu beenden und uns die Pässe ohne jede Behinderung zu verlängern, wie jedem anderen jugoslawischen Staatsbürger.

Die ungerechten Kündigungen gegenüber unseren Professoren, Lehrern, Studenten und Schülern erregen uns. Wir fordern, daß die Gekündigten sofort in die Arbeit, in die Fakultäten und die Schulen aufgenommen werden.

Die koloniale Ausbeutung Kosovas, der Arbeitern und Bauern, von Seiten Serbiens und der ausländischen Kapitalisten muß aufhören. Denn aus dieser Ausbeutung kommen Armut und hohe Arbeitslosigkeit in Kosova. Wir werden nie damit aufhören, die gerechte Forderung unseres Volkes: Status der Republik für Kosova zu unterstützen. Die Verleumdungen der Großserben und ihrer Lakaien, daß hinter diesen Forderungen „konterrevolutionäre“ und „nationalistische“ Ziele sich verstecken, werden gezielt gemacht, um die kolonialistische Politik gegenüber Kosova zu befestigen.

Nur wenn Kosova den Status der Republik zuerkannt bekommt, wird die al-

banische Bevölkerung gleichberechtigt mit den anderen Völkern Jugoslawiens behandelt werden. Die Vorwürfe der serbischen Funktionäre, daß das albanische Volk nicht in der Lage sei, sich selbst zu regieren, werden mit Absicht gemacht, um die serbische Herrschaft zu legalisieren.

Nur wenn alle Völker in Jugoslawien gleichberechtigt sind, nur wenn sie nationale und demokratische Rechte besitzen, nur dann wird in Jugoslawien der Frieden hergestellt werden können.

Wir sind überzeugt davon, daß unser Volk, die arbeitenden Menschen in Kosova und die brüderlichen Völker Jugoslawiens über den serbischen Chauvinismus und Unitarismus siegen werden.

• **Nieder mit dem Terror und der diskriminierenden Politik, die von den Großserben in Kosova verübt wird!**

• **Tod den Mördern unserer politischen Gefangenen!**

• **Es leben alle friedliebenden Völker Jugoslawiens und der Welt!**

• **Es lebe die Sozialistische Republik Kosova!**

Bonn, den 26.6.1985

Shqiptarët

Nummer 1
Juni 1985
1 Franken

Bulletin des „Komitee für eine Sozialistische Republik Kosova“

„Shqiptarët“ — „Die Albaner“ heißt ein neuerschienenes Informationsbulletin des „Komitees für eine Sozialistische Republik Kosova“. Die informative und aufschlußreiche Zeitung (12 Seiten, DIN A 4) ist zum Preis von 1 Franken über die Redaktionsadresse in der Schweiz zu beziehen. Sie lautet:

Redaktion „Shqiptarët“, Badhausstraße 3, CH-2503 Biel. Zahlungen mit dem Vermerk „Shqiptarët“ auf das Konto: Hilfe für Kosova, Kathrin Asal, Biel, 25-45475.

Regierung helfen würde, die wirtschaftliche Krise zu überwinden, stellte einer der Leiter der Sitzung Hasan als unseren Delegierten für den 12. Parteikongreß des kommunistischen Bundes Jugoslawiens vor, der am 24. bis 26. Juni 1982 in Belgrad abgehalten wurde. Alle Anwesenden waren überrascht: wie war es dazu gekommen, daß Hasan die albanischen Arbeiter von Hamburg bei diesem Kongreß vertreten konnte (es gab doch unter uns keine offiziellen Parteimitglieder; wir vermuten, daß auch Hasan selbst kein Parteimitglied war)?

Wie viele andere von den Anwesenden, meldete sich auch Ramazan zu Wort und sagte ungefähr folgendes: „Wir wissen nicht, wer wann Hasan als Parteidelegierten für den 12. Parteikongreß des KBJ gewählt hat, damit dieser uns albanischen Arbeiter aus Hamburg dort vertritt. Bis heute war mir nicht bekannt, daß er Albaner ist, weil er mit mir bei der Arbeit auf der Baustelle nur Serbisch gesprochen hat. Deshalb wollen wir wissen, von wem Hasan gewählt wurde...“

Um den Konfrontationen mit den jugoslawischen Funktionären, die öfter den Verein besuchen kamen, um uns über die Lage in Kosova zu belügen, und auch mit den Diplomaten des Konsulats aus dem Wege zu gehen, haben etwa 100 Mitglieder des Vereins einen eigenen Verein (im Pilatuspool 11a) gegründet. Diese Mitglieder wollten nicht länger dulden, daß die Mitglieder des Ausschusses des früheren Vereins vom Konsulat gewählt wurden. Ursprünglich war der Verein als kulturelle Einrichtung gedacht, wo man seine Freizeit verbringen könnte und nicht von Handlangern des Konsulats überwacht würde.

Hinzu kamen die Ereignisse in Kosova, wo die albanische Bevölkerung in Jugoslawien den Status einer föderativen Republik forderte. (...)

Die albanischen Arbeiter in Westeuropa demonstrierten gegen den Terror des Belgrader Regimes und unterstützten die Forderung nach dem Status einer Republik für Kosova. Dies paßte dem Belgrader Regime nicht, weil es die albanische Bevölkerung terrorisieren wollte, ohne daß die ausländische Öffentlichkeit etwas davon erführe. So bezeichnete das Belgrader Regime die Demonstrationen der albanischen Arbeiter in Westeuropa auch als „antijugoslawisch“, „nationalistisch“, und es traf Maßnahmen,

diese Arbeiter zum Schweigen zu bringen. Zu diesen Maßnahmen gehörten auch die Morde des jugoslawischen Geheimdienstes SDB, wie in Untergruppenbach in der Nähe von Heilbronn, wo am 17. Februar 1982 drei albanische Regimekritiker vom SDB ermordet wurden. (...)

Der Vizekonsul Noka baute eine Bande auf, die die Aufgabe hatte, die Albaner einzuschüchtern, die den Mut haben würden, gegen den Terror in Kosova zu protestieren.

Bevor er aber seine Bande dazu einschaltete, versuchte er, uns Albaner mit anderen Mitteln einzuschüchtern. Hauptsächlich wurden wir damit erpreßt, daß wir uns zu verantworten hätten, wenn wir auf Urlaub nach Hause führen. Eine andere Maßnahme war, die Verlängerung der jugoslawischen Reisepässe zu verweigern. Beide Maßnahmen machten uns sehr betroffen, denn wir wollten unsere Familien regelmäßig besuchen können und keine Flüchtlinge werden.

Das Konsulat erklärte den Klub der Albanischen Arbeiter aus Jugoslawien „Ibe Palikuqi“ (Pilatuspool 11a, Hamburg 36), dessen Mitglied auch Ramazan war, als „antijugoslawisch“; was sie unter „antijugoslawisch“ verstehen, ist uns nicht ganz klar. Tatsächlich ist dieser Klub keineswegs „antijugoslawisch“. Aber alle Mitglieder und die, die ihre Freizeit in dem Klub verbringen, wurden vom Konsulat zu „Feinden“ Jugoslawiens erklärt. (...)

Das äußerste Mittel, welches das jugoslawische Konsulat einsetzte, um uns einzuschüchtern, war die Drohung mit Gewaltanwendung, damit die albanischen Arbeiter nicht an den „antijugoslawischen“ Demonstrationen oder anderen „antijugoslawischen“ Aktivitäten teilnahmen. Diese physischen Bedrohungen wurden immer häufiger, weil auch in den Klub „Kosova“ immer weniger Albaner gingen. Die Sitzungen, die von den Konsulatsdiplomaten einberufen wurden, besuchten nur wenige Arbeiter. Und das war für das Konsulat ein großer Mißerfolg. (...)

Erst nach einiger Zeit gingen die Handlanger des Konsulats direkter vor. Ramazan wurde Anfang Juni öfter verfolgt, beschimpft, man versuchte ihn zu verprügeln, Morddrohungen wurden bekannt. Das Ende der Geschichte kennen wir. Und die Verantwortung der Belgrader Regierung und ihrer Diplomaten in Hamburg liegt auf der Hand.

Hamburg Schüsse in Notwehr

Hintergründe einer blutigen Auseinandersetzung

Am 28. Juni erschoss ein albanischer Arbeiter in Hamburg in Notwehr zwei Handlanger des jugoslawischen Konsulats. Was das Konsulat in Hamburg zunächst total abstritt, die Presse aber gleich vermutete, hat sich jetzt bewahrt — die Schüsse hatten einen politischen Hintergrund. Es ging um eine Auseinandersetzung zwischen der jugoslawischen Staatsgewalt gegen Arbeiter aus Ko-

Der konkrete Vorfall wird von den albanischen Arbeitern wie folgt dargestellt:

„Es war gegen 20.00 Uhr. Ramazan hatte sich im Klub der Albanischen Arbeiter aus Jugoslawien „Ibe Palikuqi“ (Pilatuspool 11a, Hamburg 36) aufgehalten. Er wollte telefonieren gehen, wahrscheinlich um seine Landsleute über die Demonstration zu informieren, die am 29. Juni von albanischen Arbeitern in Bonn veranstaltet werden sollte. Als er an der Telefonzelle angekommen war, in der sich bereits zwei Personen befanden, bremste sofort ein gelber Mercedes. Noch bei laufen-

dem Motor sprangen zwei Männer aus dem Wagen, die mit Pistolen bewaffnet waren. In geduckter Haltung feuerten sie sogleich auf Ramazan. Dieser sprang hinter eine Litfaßsäule und zog selbst eine Pistole, mit der er, um sein Leben zu retten, das Feuer der Angreifer erwiderte. Bei dem Schußwechsel wurden die beiden Männer tödlich verletzt. Ramazan lief dann weg und meldete alles auf dem nächsten Polizeirevier. (...)

Weiter berichten die albanischen Arbeiter über den einen der beiden Getöteten, Hasan Ajetin, daß er zwar ei-

sova, die sich zur „Bewegung für eine albanische sozialistische Republik in Jugoslawien“ bekennen.

Einige albanische Arbeiter aus Hamburg (es leben insgesamt 3000 dort) haben ein zehnteitiges Papier mit Hintergrundinformationen erstellt. Wir zitieren daraus einige Passagen. (Das Papier ist zu beziehen bei M. Elshani, Friedensallee 63, 2000 Hamburg 50)

nige Zeit auf derselben Baustelle gearbeitet habe, wie Ramazan Lazami, man sich aber nicht näher kannte und lediglich ab und zu im Klubraum des vom jugoslawischen Geheimdienstes gegängelten Vereins in HH-Wilhelmsburg getroffen habe. Im folgenden die Darstellung wie der Streit begann.

„Zum ersten Mal kam es zwischen ihnen zu einem Zusammenstoß Ende 1982 anläßlich einer Vereinssitzung (bei dieser Sitzung waren auch Kripobeamte anwesend). Diese Sitzung wurde vom Konsulat und den Chefs einer Bank (Kosovabank) in Jugoslawien einberufen. Auf

dieser Sitzung wollte man uns albanische Arbeiter überreden, weiterhin unsere Spareinlagen bei jugoslawischen Banken festzulegen. Wir hatten damit aufgehört, unsere Spareinlagen bei jugoslawischen Banken zu führen, weil diese unsere früheren Ersparnisse nicht zurückzahlen wollten; etwa 27 Milliarden DM Spareinlagen der „Gastarbeiter“ hat das Belgrader Regime in das „Schuldenloch“ gestopft. Wir kritisierten die Bankvertreter für diesen Betrug. Um uns zu überzeugen, daß es gut wäre, die Spareinlagen bei jugoslawischen Banken zu lassen, weil das der jugoslawischen

Welt-frauen-konferenz in Nairobi

Im Juli fand in Nairobi, der Hauptstadt Kenias, die dritte Weltfrauenkonferenz der UNO statt. Die erste Konferenz, die vor 10 Jahren in Mexiko stattfand, hatte eine Erklärung gegen die Diskriminierung der Frauen und gleichzeitig ein Jahrzehnt der Frauen beschlossen. Die zweite Konferenz in Kopenhagen sollte eine Art Zwischenbilanz über das Erreichte ziehen und verabschiedete einen Aktionsplan zur Durchsetzung der fünf Jahre zuvor verfaßten politischen Erklärung. Die Konferenz, die jetzt in Nairobi stattfand, bildete den Abschluß des UNO-Jahrzehnts der Frau.

Die Bilanz, die nach diesen

10 Jahren zu ziehen ist, ist nicht allzu rosig. Das wurde — naturgemäß — vor allem auf dem Forum '85 der Nicht-Regierungsorganisationen in Nairobi deutlich, ließ sich aber auch auf der UN-Konferenz, die ihrem Charakter nach eine Konferenz der Regierungen der UN-Mitgliedsstaaten ist, nicht völlig unter den Tisch wischen.

Sicher, es gab weltweit neue gesetzliche Bestimmungen, die mehr Rechte für Frauen verkündeten, vorrangig im Bereich des Erwerbslebens und des Bildungswesens. Aber diese Verbesserungen blieben — das stellt auch ein UNO-Bericht von Ende 1984

fest — erstens in den meisten Staaten oft bloße papierene Beschlüsse; sie hatten zweitens für die Millionen und Abermillionen Frauen, die in den ländlichen Gebieten der sog. Länder der 3. Welt leben, nicht die geringsten Auswirkungen; und drittens ist vieles von dem, was als Fortschritt für die Frauen in der ersten Hälfte des UNO-Jahrzehnts der Frau von den Regierungen zugestanden wurde, in den letzten Jahren wieder massiv in Frage gestellt worden.

In einer Stellungnahme des Deutschen Frauenrates heißt es dazu: „Trotzdem — der größ-

te Teil der Arbeit liegt noch vor uns! Große Hindernisse sind nicht überwunden; mehr noch, Probleme, die bereits bewältigt schienen, tauchen in einer Zeit der Wirtschaftskrise, der sich vergrößernden Kluft zwischen arm und reich und des wachsenden Elends in der Dritten Welt erneut auf.“ (Informationen für die Frau, März '85) Stichwort für dieses Problem war in Nairobi die „Feminisierung des Hungers“, die Tatsache also, daß Frauen weltweit — in den imperialistischen Industriestaaten wie in den Staaten der 3. Welt — am meisten unter den Folgen der Wirtschaftskrisen und der imperialistischen

Ausbeutung zu leiden haben. Es ist unmöglich, über die UN-Konferenz und das Forum '85, an dem sich rund 12000 Frauen beteiligten, systematisch zu berichten. Ca. 1000 Workshops fanden allein beim Forum der Nicht-Regierungsorganisationen statt, dazu kamen die Filmveranstaltungen, die unzähligen inoffiziellen Treffen. Außerdem hat die Presse, auf die wir für unsere Berichterstattung angewiesen sind, das Welttreffen der Frauen in Nairobi als ausgesprochenes Randereignis behandelt. Die kurzen Berichte auf dieser Seite können also nur einen höchst unzureichenden Eindruck geben.



Internationales Kennenlernen

Einen ganz besonderen Stellenwert hatte auf allen drei Weltfrauenkonferenzen, die bisher stattfanden, das gegenseitige Kennenlernen insbesondere zwischen den Frauen aus den Industriestaaten und den Frauen aus der 3. Welt. Hier — im gegenseitigen Kennen- und Verstehen — hat es in den letzten zehn Jahren doch einige Fortschritte gegeben.

In Mexiko war die Situation dadurch geprägt, daß die Frauen aus den Entwicklungsländern über die Probleme, die die Frauen aus den „reichen“ Ländern hatten, zum Teil total überrascht waren, zum anderen — und hauptsächlich Teil — die Gleichberechtigungspa-

re Ausbeutung und Unterdrückung durch fremde Staaten kämpfen müssen, die Probleme anders sehen und gewichten.

Wie tief verwurzelt das Mißtrauen gegen die Frauen aus den „reichen“ Ländern aber trotz allem noch ist, zeigte sich in Nairobi in Situationen wie der folgenden beim Workshop über Frauen in Gefängnissen. Dort berichtete eine Palästinenserin unter Tränen über die furchtbaren Bedingungen in den israelischen Gefängnissen, die sie selbst zwölf Jahre lang erleben mußte. Als sich Teilnehmerinnen beklagten, daß die Palästinenserin zu lange berichtet, explodierte die Leiterin des Workshops, eine schwarze Frau aus den USA: „Diejenigen von euch, die nicht zuhören wollen, führen in ihren Heimatländern ein bequemes Leben. Ich bin eine unterdrückte schwarze Frau. In den USA wollen sie nicht, daß die schwarzen Frauen kommen und ihre Geschichte erzählen. Ihr, die ihr ein bequemes Leben führt, müßt zuhören und zur Kenntnis nehmen, wie viele unterdrückte Frauen es in der Welt gibt.“

Und viele hörten zu — nicht nur in diesem Workshop, sondern auch in den vielen anderen, die diesmal den Problemen der Frauen aus den Entwicklungsländern gewidmet waren. Den Frauen aus dem Iran z. B., die berichteten, daß 10000 iranische Frauen gegenwärtig in Haft sind und 1500 bereits ermordet wurden — viele von ihnen vorher vergewaltigt, weil nach Ansicht ihrer Mörder Gefangene sowieso keinen Platz im Himmel beanspruchen können. Erschütternd auch die Berichte der Frauen des Komitees der Mütter der verschwundenen politischen Gefangenen aus El Salvador und der Frauen aus Südafrika.

Es gab aber eben diesmal auch zahlreiche Workshops, die Probleme zum Thema hatten wie Polygamie, Beschneidung von Frauen und Infibulation, die das



Blick auf die Eröffnungsveranstaltung des Forums der Nicht-Regierungsorganisationen



Musikalische Begegnung am Rande des Forums

rolen der Frauen aus den Industriestaaten aber auch als imperialistischen Versuch zur Zerstörung ihrer eigenen Sitten, Gebräuche und Kultur betrachteten. Die Frauen aus den Industriestaaten dagegen hatten oft wenig Verständnis dafür, daß Frauen, die jeden Tag um das nackte Überleben kämpfen müssen oder mit der Waffe in der Hand gegen ih-

Schleiertragen, die Verheirats- und Scheidungspraktiken in vielen Ländern und vieles andere mehr problematisierten. Gemeinsame Handlungsmöglichkeiten für die Frauen aus den Industriestaaten und den Frauen aus den Entwicklungsländern wurden dabei in vielen Bereichen deutlich — vom gemeinsamen Kampf gegen gesundheitsschädliche Verhütungsmittel (in den Entwicklungsländern werden Frauen oft Verhütungsmittel aufgezwungen, die in den Industriestaaten längst verboten sind) bis zum Kampf im Friedens- und Umweltbereich, der für die Frauen der Entwicklungsländer, die in aller Regel die Hauptarbeit in der Landwirtschaft leisten, oft eine existentielle Bedeutung hat.

Vor allem aber wurde klar, daß die weitere Entwicklung an sich nirgendwo automatisch zu Gunsten der Frauen verlaufen wird — weder in den Industriestaaten noch in den liegt auch die wichtigste Erkenntnis gemeinsamer Interessen von Frauen aus Industriestaaten und aus Staaten der 3. Welt begründet: darin, daß der Kampf für die „Gleichbe-

rechtigung der Frau niemals scheinbar übergeordneten nationalen Interessen geopfert werden darf — nicht dem Slogan der Überwindung der Wirtschaftskrise in den westli-

chen Industriestaaten und auch nicht dem Slogan der Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und der Überwindung des Hungers in den Staaten der 3. Welt.

Die 3 Punkte von Nairobi

Unter dem Beifall von über 10000 TeilnehmerInnen des Forum '85 wurde das folgende 3-Punkte-Programm verabschiedet — der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich Ländervertreterinnen aus allen Kontinenten hatten einigen können:

Ersens das Thema Frieden:

Wir Frauen, die die Menschheit gebären, erlauben denen, die an der Macht sind, nicht, diesen Planeten zu zerstören.

Zweitens die Gleichheit:

Wir Frauen, die die Menschheit versorgen, werden es ihnen nicht erlauben, die Mehrheit der Menschen zu diskriminieren.

Drittens die Apartheid:

Wir verurteilen das inhumane System, unter dem die Menschen leiden, und die Schwestern der Welt werden alles tun, um auch Apartheid in unseren eigenen Ländern zu beenden.“

Einreise-Verbot Filmzensur Demoverbot

Wie sehr einige Staaten, allen voran die USA, die Politik im Zusammenhang mit Frauen angeblich so verabscheuen, das Forum '85 politisch unter Druck zu setzen versuchten, zeigen folgende Ereignisse.

Einreiseverbot. Israel hatte vier Palästinenserinnen die Ausreise nach Nairobi verweigert. Die offizielle Begründung dafür war, daß eine der Frauen an einer Flugzeugentführung beteiligt gewesen wäre. Die palästinensische Frauendelegation entlarvte diese Begründung als Lüge und forderte die Verurteilung dieser is-

raelischen Menschenrechtsverletzung.

Filmzensur. In Nairobi fand gleichzeitig ein Film-Festival statt, bei dem Filme von Frauen über Frauen gezeigt werden sollten, die im UNO-Jahrzehnt der Frau entstanden waren. Eine ganze Reihe von Filmen, die z. T. unter größten Mühen von Frauen nach Nairobi gebracht worden waren, wurden jedoch ein Opfer der Zensur. So der Film der Libanesin Heiny Srour „Leila oder die Wölfe“ und ein Film der westdeutschen Filmemacherin Margareta von Trotta.

Demoverbote. Viele Frauen des Forums '85 in Nairobi beließen es nicht bei Diskussionen in den Workshops, sondern nutzten die Gelegenheit auch für politische Protestaktionen. Japane-

rinnen und Frauen aus Westeuropa sammelten Unterschriften für Friedensresolutionen, es fanden Demonstrationen gegen die israelische Politik und gegen die US-Politik in Nicaragua und auf den Philippinen statt. Bis diese Demonstrationen dann plötzlich von der Forumsleitung verboten wurden — weil sie die Sicherheit auf dem Tagungsgelände gefährdeten, den Geist der Versammlung störten und weil außerdem „keine Länder namentlich genannt werden dürfen“.

Das Verbot hatte allerdings nicht gerade eine durchschlagende Wirkung. Bereits am nächsten Tag fand erneut eine Solidaritätsveranstaltung mit Nicaragua statt und Palästinenserinnen protestierten mit einem Schweigemarsch gegen den Zionismus.

Die „Politikfeindlichkeit“ der USA

Bei seiner Ankunft in Nairobi, einen Tag vor Beginn der offiziellen UN-Konferenz, erklärte der amerikanische Botschafter im Wirtschafts-Sozialrat der UNO, auf einer Pressekonferenz, daß politische Themen von der Konferenz nicht behandelt werden sollten, daß man sich mit verschiedenen Delegationen auch schon darüber geeinigt hätte, daß alles Trennende ausgeklammert werden sollte. Keyes wörtlich: „Es ist nicht Aufgabe der Frauen, über Politik an sich zu diskutieren, es wäre eine zu große Belastung für Frauen, solche Themen zu behandeln.“ Für diese Fragen, so Keyes weiter, gäbe es den Sicherheitsrat der UNO und die offiziellen Abrüstungsgespräche. Miss Reagan, die die amerikanische Delegation leitete, drückte die gleiche Absicht nur etwas geschickter aus, wenn sie forderte, daß diesmal „die eigentlichen Frauenprobleme“ im Mittelpunkt stehen müßten.

Hintergrund dieser gewaltigen Propagandakampagne der USA im Vorfeld von Nairobi war die Tatsache, daß sie auf den Vorbereitungskonferenzen ihre Vorstellungen sowohl über den Abstimmungsmodus auf der Konferenz wie auch



Mit einer gemeinsamen Pressekonferenz protestierten SWAPO (vertreten durch L. Amathila, die Verantwortliche für Gesundheit und Soziales und durch den Präsidenten Sam Nujoma) und ANC (vertreten durch O. Tambo) gegen den Versuch der USA, die Apartheidpolitik aus der Frauenkonferenz herauszuhalten.

können. Es stand also zu befürchten, daß per Mehrheitsbeschluß die Konferenz nicht nur die Apartheidspolitik Südafrikas, sondern auch den Zionismus und die amerikanische Interventionspolitik in Mittelamerika verurteilen würde.

Tatsächlich gelang es den USA aber nicht, Auseinandersetzungen über diese Fragen auszuklammern. Im Gegenteil. Die Forderung der USA, die Politik außen vor zu lassen, löste heftige Proteste und massive Diskussionen auch auf dem Forum der Nicht-Regierungsorganisationen aus. Zumal die USA dort versuchten, den Ablauf schlicht und einfach durch die Unmenge der US-Vertreterinnen zu dominieren. (Die USA stellten 40 Prozent der Delegierten der Nicht-Regierungsorganisationen.)

Vertreter der PLO in Nairobi bezeichneten diese Kampagne der USA als „intellektuellen Terrorismus“ und erklärten: „Die USA behindern die Konferenz zugunsten von Israel und Südafrika.“ Und die SWAPO und der ANC erklärten auf einer Pressekonferenz, daß das Motto der Konferenz — Gleichheit, Entwicklung, Frieden — ein schlechter Scherz sei, wenn das politische Thema der Unabhängigkeit für die Schwarzen im Apartheid-Regime Südafrikas nicht behandelt werde.

Beim Kampf um die Formulierungen im Abschlußdokument der UN-Konferenz zeigte sich denn auch sehr deutlich, worum es den USA, aber auch anderen Staaten, z. B. der BRD, in Wirklichkeit ging. Zum Thema Apartheid gab es zwei Vorschläge. Der erste verurteilte die Apartheidpolitik und die Massaker

gegen die schwarze Bevölkerung, forderte die Beendigung jeglicher Zusammenarbeit und die Unterstützung des Befreiungskampfes von SWAPO, ANC und PAC. Der zweite Vorschlag beließ es bei einer bloß moralischen Verurteilung des Apartheidsregimes. Zum ersten Vorschlag erklärte „unsere“ Delegation aus der BRD: dieser Formulierung könne die BRD nicht zustimmen, weil von „Massakern“ in Südafrika keine Rede sein könne!

In der Frage des Zionismus einigte sich die Konferenz auf einen Kompromiß, dem letztendlich auch die PLO zustimmte: anstelle der ausdrücklichen Verurteilung des Zionismus ist im Abschlußdokument nun davon die Rede, daß „jede Form von Rassismus und rassistischer Diskriminierung“ ein Hindernis für die Gleichberechtigung der Frau bedeutet.

Dafür gab es dann aber zwei Paragraphen, in denen einige Industrieländer (ohne Namensnennung) beschuldigt werden, „Zwangsmaßnahmen ökonomischer, politischer und anderer Art“ auszuüben.

Zur Behandlung der zahlreichen anderen Hindernisse auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Frau in diesem UNO-Dokument läßt sich im Moment wenig sagen, da es bisher nicht veröffentlicht wurde und in der Presse darüber nur sehr bruchstückhaft berichtet wurde. Vermelden läßt sich aber immerhin, daß die doch angeblich so sehr an der Behandlung der „eigentlichen Frauenprobleme“ interessierte amerikanische Delegation als einzige die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ablehnte ...

Beiträge zur Programmdebatte (III)

Rosa Luxemburg zur Oktoberrevolution

Stürmisch begrüßte Rosa Luxemburg die Oktoberrevolution, sprach von dem „faszinierenden Beispiel der russischen Proletariat“. Zugleich trat sie ein für „eine kritische Sichtung der bisherigen Wege, die die russische Revolution gewandelt“, ohne daß dies bedeute, deren Ansehen zu untergraben. In ihrer Schrift „Die russische Revolution“ (woraus sämtliche Zitate entnommen sind) weist sie auf ein Abweichen sozialistischer Politik hin, als im Jan. 1918 die Konstituante, die Verfassungsgebende Versammlung, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, aufgelöst und demokratische Rechte, wie die Pressefreiheit z. B., eingeschränkt werden.

„Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, das es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.“

Fällt das alles hinweg, was bleibt in Wirklichkeit? Lenin und Trotzki haben anstelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft — eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft (das Verschieben der Sowjetkongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja noch weiter: Solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiselerpressungen etc. Das ist ein übermächtiges, objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.“

„Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen

Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus.“

Meinerseits sehe ich mich nicht in der Lage über den begangenen Weg der Oktoberrevolution zu urteilen, also inwieweit die Bolschewiki zu diesem Abweichen sozialistischer Politik genötigt waren. Folgende Schlußfolgerungen schreibe ich allerdings aus den Darlegungen Rosa Luxemburgs, und der Entwicklung der Sowjetunion (Restauration des Kapitalismus)

1. Die kommunistische Partei (als Regierungspartei) mag ein Unterdrücken und Einschränken der demokratischen Rechte unter schwierigsten Bedingungen (Bürgerkrieg, Hunger, z. B.) aufgezwungen sein, sie muß sich aber der Gefahr, die daraus droht, bewußt bleiben: nämlich das Entstehen und Erstarren der Bürokratie, deren Selbstständigkeit und schließlich Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse. Diese im Grunde bürgerliche Politik darf keineswegs festgeschrieben werden, im Gegenteil, die Beschränkungen sind schnellstens wieder zu lockern und aufzuheben.

2. Der Sozialismus kann nicht geschaffen werden, wenn die kommunistische Partei (im Namen des wissenschaftlichen Sozialismus und historischer Notwendigkeit) für die Arbeitermassen handelt, wenn auch dies zeitweilig unvermeidbar sein mag. Ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, die Arbeitermassen für ihre Politik zu gewinnen und zu mobilisieren. Ohne Beteiligung der Arbeitermassen an der Umwälzung kann der Sozialismus als niedere Stufe des Kommunismus nicht erreicht werden.

3. Die sozialistische Demokratie zu akzeptieren bedeutet auch zu akzeptieren, daß die Kommunistische Partei in eine Minderheitenposition geraten kann.

4. Ungehemmte, uneingeschränkte Demokratie für die Arbeiterklasse, zu verwirklichen durch die politische Machtergreifung, dafür müssen wir heute eintreten. Nur so kann der Sozialismus wieder in der Arbeiterklasse verankert werden.

Zum Schluß noch ein Zitat, worin die Rolle der Kommunistischen Partei zur Arbeiterklasse meines Erachtens sehr gut formuliert wird, nämlich im Programm der KPD 1919:

„Der Spartakusbund ist keine Partei, die über der Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtliche Aufgabe hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der Proletarischen Weltrevolution vertritt.“

Und in diesem Sinne die Arbeiterschaft zu mobilisieren sucht, würde ich noch hinzufügen.

Inhaltlich sollten auch wir dies in unserem Programm festhalten. H. W., Köln



Diese Grafik symbolisiert den Kampf der Frauen in den besetzten Gebieten Palästinas

über den Inhalt einer Erklärung über „Vorausschauende Strategien und Maßnahmen bis zum Jahr 2000“ nicht hatten durchsetzen

+ Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief

Frauen I

Zu „Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau — Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus“, RM 24/85

Schon diese Parole gibt mir arg zu denken!

Wer ist denn die „Frau schlechthin“? Ihr müßt entweder die Frau als eigenständige Klasse oder als zwischen allen Klassen stehend betrachten, um eine solche Parole aufstellen zu können. Ihr meint also, ihr habt das Gemeinsame aller Frauen entdeckt: die Hausarbeit? Allerdings muß ich allen Ernstes bezweifeln, daß die bourgeoisen Frauen wie z. B. Frau Flick sich mit der Hausarbeit abmühen.

Mit eurer Behauptung, daß ja die Hausfrauen mit der physischen und psychischen Reproduktion der Familienmitglieder gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten, reduziert ihr selbst die Frau auf Hausfrau, Ehefrau und Mutter!

Daraus resultiert dann auch die Forderung nach Großwäschereien, billige Kantinen etc. als das Interessanteste für die Frauen. Nicht etwa „Chancengleichheit in der Bildung, Arbeit etc.“ Als Ziel bezeichnet ihr kurzfristig, daß ... die Hausarbeit genauso von den Männern getragen wird.“ Wobei ihr allerdings etwas später betont, daß die gleichberechtigte Beteiligung der Männer an der Hausarbeit im Kapitalismus nicht möglich sein wird. Entschuldigt mal, aber da seht ihr einen Widerspruch. Oder steht schon kurzfristig die Errichtung des Sozialismus ins Haus?

Der Ausgangspunkt einer Untersuchung der Rolle der proletarischen Frau ist die Stellung in der Lohnarbeit. Das erwähnt ihr aber nur ganz am Rande und stellt dann bedauernd fest, daß es leider fehlt, und ihr seht auch einen Mangel darin.

Ich denke, es ist nicht nur ein Mangel, sondern ein grundlegend falscher Ansatz.

Das Gemeinsame in der Arbeiterklasse ist doch die Ausbeutung, Knechtung und Entrechtung. Auch im Bewußtsein der proletarischen Frau spielt die Arbeit eine wichtige Rolle, bzw. die Notwendigkeit im gesellschaftlichen Leben durch Arbeit (Kollegen etc.) eingegliedert zu sein.

Erst kürzlich stellte die Vorsitzende des DGB-Frauenausschusses in Bremen fest, daß noch nie so viele Frauen nach Ausbildung und Arbeit im erlernten Beruf strebten wie heute. Viele streben es an oder machen eine Ausbildung in sogenannten Männerberufen. Bei den letzten Prüfungen der Handwerkskammer machten Frauen z. T. bessere Abschlüsse als ihre männlichen Kollegen. Sie wurden trotzdem nicht eingestellt: „Ihr wollt ja sowieso heiraten und Kinder haben“. Und jetzt, wo die Krise des Kapitalismus soweit fortgeschritten ist, daß es Millionen von Arbeitslosen gibt, sind die Frauen, entsprechend der Ideologie, die ersten, die gehen müssen. Das ist aber nicht das Verständnis der proletarischen Frauen zu diesem Problem, sondern die herrschende Ideologie!

Ihr sagt, die Revolution kann nur siegreich sein, wenn der tiefgreifenden Spaltung in der Arbeiterklasse entgegengetreten wird. So weit, so gut. Schon Lenin sagte: ohne schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus kann vom Kampf gegen den Imperialismus keine Rede sein. Aber bei euch ist gar nicht der Opportunismus das Hauptproblem. Eurer Meinung nach spalten nicht die, die ständig bemüht sind, die Klassenwidersprüche zu verwischen, den Arbeitern Sand in die Augen streuen, ihre Kämpfe sabotieren. Sondern, man höre und staune, die Männer spalten sich von den Frauen, weil diese Dösbaddels nicht begreifen, daß sie eigentlich einen gemeinsamen Feind — Kapitalismus — und somit ein gemeinsames Ziel — Sozialismus — haben. Diese erzkonserativen Patriarchen nutzen ihre Frauen nur aus. Ist denn das eine realistische Analyse? Nein, das ist eine total irrwitzige Theorie. Damit spaltet ihr die Arbeiterklasse in Männer und Frauen. Beginnt man aber die Analyse bei der Stellung der Lohnarbeiterin, leitet daraus die Forderungen ab, verbreiten wir doch die Erkenntnis, daß gemein-

same Interessen anliegen. So gewinnen wir auch (und das schon immer!) Kollegen und Kolleginnen für die gemeinsamen Kämpfe. Die Probleme der Familie zu lösen ist eine wichtige Aufgabe des Sozialismus.

Aber da die Familie Keimzelle des Staates ist, der Staat aber noch so lange notwendig bleibt, wie es Klassen gibt, wird nur langsam die Notwendigkeit der Familie genau wie die des Staates aufgehoben. Das dauert die ganze Ära des Sozialismus, und das kann Jahrhunderte dauern. Hinzu kommt, daß Familie etc. mit vielen Emotionen belastet ist. Da muß ganz vorsichtig Überzeugungsarbeit geleistet werden. Wir brauchen halt, man merkt es immer wieder, revolutionäre Gelassenheit.

„Für die revolutionäre Partei bedeutet das, die aktive Teilnahme ... einer unabhängigen Frauenbefreiungsbewegung.“ Wen umfaßt die Frauenbefreiungsbewegung? Wovon soll sie unabhängig sein? Wovon sollen sich die Frauen befreien? Die Frauen gehören ebenso verschiedenen Klassen an, wie die Männer.

Wir leben nicht in einem patriarchalischen Staat, sondern im Kapitalismus. Und das ist das Wesentliche. Denn der Patriarchismus ist lediglich Instrument zum Schutze des Privateigentums, also der ökonomischen Basis des Kapitalismus. So, zum Schluß: mich regt schon seit längerem das kleinbürgerliche Gelalle im RM auf. Bei diesem Artikel hat es mich nun bei der Ehre gepackt.

Die Frauen sind die Hälfte der Revolution, so! Nur im gemeinsamen Kampf mit unseren Kollegen werden wir es schaffen, eine siegreiche Revolution zu machen. Um dahin zu kommen, müssen wir unbedingt die richtigen Schwerpunkte setzen, die richtigen Fronten eröffnen. Und nun, ganz zum Schluß, noch wenig Wissenschaftliches, einfach so aus dem Leben gegriffen:

Mich regen so arg chauvinistische, patriarchalische Männer furchtbar auf. Da kann ich auch von Herzen schimpfen und „Kampf“ machen. Aber es ist doch einfach beschauert, gegen seine eigenen Klassenkämpfe zu kämpfen, wenn man begriffen hat, daß ein gemeinsames Ziel anliegt.

Ich werde mich hüten, gegen meine Kollegen zu kämpfen, so lange sie mit mir gemeinsam die Kämpfe gegen den Arbeitgeber führen (weiter sind wir halt noch nicht); ich werde mich hüten, gegen meinen Mann zu kämpfen, solange er mit mir diesen täglichen Kleinkram teilt und mit mir für die Revolution kämpft. Rot Front! Eine Klassen(?)genossin

Frauen II

Liebe Genossinnen, Euren Bericht über das Frauenseminar fand ich interessant. Besonders wichtig finde ich den Gedanken, Kindern ein Selbstbestimmungsrecht zuzugestehen. Das ist eine Voraussetzung dafür, daß aus ihnen schöpferische Leute mit Rückgrat werden. Die Bevormundung der Kinder mittels sogenannter Erziehungsberechtigter, die ständige Unterschätzung und Unterbutterung ihrer Persönlichkeiten in den Erziehungsanstalten bis hin zur Kleinfamilie ist ja nur dazu da, aus ihnen möglichst problemlos verwertbare, ausbeutbare Menschen zu machen. In der Familie gilt die Mutter als „Hauptverantwortliche“ für das Erziehungsergebnis, wird entsprechend gelobt oder getadelt. Diese Rollenzuteilung ist für Mütter wie Kinder gleich widerlich. Es ist ein Stück Unterdrückung der Frau, daß sie als Mutter gezwungen wird, ein angepaßtes Kind zu erziehen. Man denke an all die Kritiken an uns Müttern, an die täglich an uns angelegten Maßstäbe, angefangen bei schlampigen Hausaufgaben (Mutter kümmert sich nicht!!) bis zu dreckigen Fingernägeln oder unpassender Kleidung (Mutter läßt das Kind so rumlaufen!!!) usw. usw. Es fällt kaum einem ein, ein Kind sich so oder so anziehen zu lassen, was jeder Erwachsene darf; oder sich über Fingernägel, Hausaufgaben mit dem Kind selbst auseinanderzusetzen statt mit der Mutter. In diesen und viel wichtigeren Fragen wird das Kind gegängelt bzw. übergangen und die Mutter in nicht endenwollende Schuldgefühle verstrickt (nicht

der Vater!). Sicher muß man sich ein paar mehr Gedanken über eine befreite „Mutterrolle“ machen, ebenso wie über reale Möglichkeiten für die Selbstbestimmung von Kindern auch außerhalb der heutigen Familie. Fest steht aber für mich, daß jedes Stück Befreiung und Selbstbestimmung für Kinder ein entscheidendes Stück Befreiung für uns Frauen bringt und sicherlich glücklichere Beziehungen zu unseren Kindern.

Nicht einverstanden bin ich mit dem Absatz „Hausfrauenlohn oder mehr Kindertagesstätten?“ Da wird für mich ein ganz komischer Gegensatz konstruiert: So in etwa, wenn man nicht will, daß wir Frauen doppelt ausgebeutet werden — und wer will das schon?! — dann bleibe einem nichts anderes übrig als für Hausfrauenlohn zu sein und dafür zu sorgen, daß diese gesellschaftlich notwendige Arbeit auch entsprechend behandelt wird (geregelte Arbeitszeit, Urlaub). Die These: „Bleib am Herd, dann wirst du wenigstens nur einmal ausgebeutet, mußt dich nicht doppelt abhetzen“, ist für mich zu kurz gegriffen. Sie ist genauso richtig und falsch wie wenn ich meinem türkischen Kollegen sage: geh' zurück in dein Dorf, denn vom westdeutschen Kapital ausgebeutet zu werden ist auch keine Alternative.

Erst mal zur Hausfrauenarbeit selbst. Sei sie tausendmal als gesellschaftliche Arbeit anerkannt und bezahlt, (was m. A. nach von ihrem jetzigen Charakter her ausgeschlossen ist), sie ist idiotisch und deprimierend, weil sie sich inhaltlich beschränkt auf diese seltsame Art von Reproduktion dieser patriarchalischen Kleinfamilie (z. B. ist Putzen, Kochen, Flickern im Krankenhaus, Altersheim, Kindergarten etwas völlig anderes). Die Hausfrauenarbeit ist vom Charakter her eine v. a. dem Mann und den Kindern dienende Sisyphosarbeit, die vereinfacht gesagt, darin besteht, den verschiedenen Familienmitgliedern die Unterhosen zu waschen und sich je nach Sauberkeit und „Weichheit“ derselben Lob, Tadel, Liebesentzug, etc. einzuhandeln.

So oder ähnlich empfinden das völlig zu Recht Millionen von Frauen und würden es auch bei Hausfrauenlohn so empfinden. Hausfrauenarbeit ist von ihrer heutigen Organisation, vom Charakter her unterdrückend. Nicht umsonst stinkt der überwiegenden Mehrheit der Frauen ihre Hausfrauenrolle auf Dauer mehr als sogar „die doppelte Ausbeutung“, obwohl das wahrhaftig kein Zuckerlecken ist. Will sagen, daß die Frauen größtenteils zu Recht das Gefühl haben, daß sie als „bloße“ Hausfrauen zumindest von ihren Männern am meisten unterdrückt werden können und es auch werden!!!

Vielleicht dazu ein paar Fragen, die Schlaglichter werfen: Wird eher eine berufstätige oder eine bezahlte Hausfrau in der Lage sein, aus einer miesen Ehe auszusteigen? Hat eher eine bezahlte Hausfrau oder eine berufstätige Frau die Chance, einen Mann dazu zu bringen, sich für Haushalt und Kinder zu engagieren? Kann eine Frau, die in der Gesellschaft arbeitet oder eine, die nur „für ihre Lieben“ ackern muß (beides für Geld) mehr Selbstbewußtsein entwickeln? Die Antworten sind ziemlich klar. Es sind nicht Dinge, die von Intellektuellen in die heutigen Frauen reimportiert werden, sondern die heutigen Frauen und Mädchen haben dementprechende Wünsche und Erfahrungen.

Wenn man es auch nicht will, es liegt doch auf der Hand, daß durch einen Hausfrauenlohn diese miese Arbeit der Frauen auf neue Art aufgewertet wird, daß sie den Frauen mit neuen Argumenten von den Männern, von der Gesellschaft aufgehalten wird. Frauen, die dann lieber ihren Beruf ausüben wollen, würden als sozial beschimpft, weil sie ja statt für Hausfrauenlohn die Familie zu betiteln, den Männern die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Mit Sicherheit würden die Männer noch stärkeren Druck auf die Frauen ausüben, doch lieber zu Hause zu bleiben, Geld könnten sie ja auch da verdienen. Ich finde Hausfrauenlohn eine gefährliche Lösung, eindeutig dazu da, um die Frauen zurück an den Herd zu drängen.

Natürlich kann man nicht wegdiskutieren, daß Frauen, die gezwungen sind, wegen der Kinder zu Hause zu arbeiten, Lohn erhalten sollten. Ich würde für eine Art Kinderbetreuungsgeld plädieren, ähnlich der Regelung, wenn man ein

Pflegekind nimmt, bei mehreren Kindern einen höheren Satz und abnehmend bis auf null bei zunehmendem Alter des Kindes. Ich bin sicher, daß die meisten arbeitenden Frauen ein Entgelt für die Kinderaufzucht für richtig halten würden, nicht jedoch einen Hausfrauenlohn.

Übrigens, habt ihr daran gedacht, daß arbeitende Frauen auch Anspruch auf Hausfrauenlohn hätten (doppelte Belastung) oder sollen die, weil sie ja schon verdienen, Haushalt und Kinder umsonst versorgen? Abgesehen von all dem, was ich gegen den Hausfrauenlohn habe, finde ich die gestellte Alternative „Hausfrauenlohn oder Tagesstätten“ völlig unverständlich, völlig ab von dieser Welt. Auch wenn sich viele werktätige Frauen hinter die Forderung „Hausfrauenlohn“ stellen würden, (was ich bezweifle), bliebe das Ganze vorerst nicht mehr als eine Hoffnung, bezahlt am Herd stehen zu dürfen bzw. zu müssen. Während gleichzeitig — nämlich hier und heute — Millionen geschiedener, alleinerziehender Frauen, Frauen arbeitslos bzw. wenig verdienender Männer gezwungen sind zu arbeiten und nicht wissen, wohin mit ihren Kindern. Unzählige Frauen und Kinder leiden unter den Notlösungen von Kinderunterbringung bzw. in Kauf genommener Nichtversorgung oder Unterversorgung von Kindern. Dagegen sind die Erfahrungen mit Kindertagesstätten, wo es sie gibt, relativ gut und entlasten eben die doppel ausgebeutete Frau, der durch die Kindertagesstätte wenigstens ein Teil ihrer fast untragbaren Verantwortung abgenommen wird (Kinder werden betreut, bekocht, Schularbeiten gemacht, sie sind unter Kindern und fühlen sich meist relativ wohl). Deshalb finde ich es eine ganz akute Forderung, Kindertagesstätten zu eröffnen.

Im übrigen bin ich sicher, (aus den oben ausgeführten Gründen), daß, auch wenn es Hausfrauenlohn gäbe, es nicht wenige Frauen vorziehen würden, ihr Geld in der Schule, im Krankenhaus, in der Fabrik zu verdienen und ihre Kinder in der Tagesstätte unterzubringen.

Also mal ganz böse gekontert, auch durch Hausfrauenlohn und Schließung von Tagesstätten lassen sich nicht alle Frauen an Heim und Herd locken, bzw. halten, sondern fühlen sich bei doppelter Ausbeutung „freier“.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo sich endgültig jedem Kommunisten die Haare sträuben müssen.

Fromme Wünsche

Einige Bemerkungen zum Programmentwurf des ZK

Werte Genossen! Ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen, die unter der Überschrift „Für Freiheit und Arbeitermacht“ als Maßnahmen des sozialistischen Staates (obwohl dieser Ausdruck nicht gebraucht wird) nach der Revolution aufgezählt werden. Daß es sich dabei um einen Maßnahmenkatalog des sozialistischen Staates handeln muß, geht aus den einleitenden Sätzen hervor. Bezeichnend ist allerdings, daß das eben nicht klipp und klar gesagt wird, sondern daß eher undeutliche Redewendungen benutzt werden.

Trotzdem, es heißt da: „Indem die Arbeiterklasse diese politische Revolution zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft durchführt, gewinnt sie nicht nur die Möglichkeit, eine Regierung in ihrem Interesse zu installieren. Sie schafft damit vor allem die Voraussetzung dafür, als Klasse die politische Macht zu übernehmen und zu behaupten.“

ten ...“ und das heißt doch wohl soviel wie Arbeitermacht = sozialistischer Staat.

Weiter: „Ein radikaler gesellschaftlicher Umschwung (damit ist offensichtlich die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse gemeint) wird sich vor allem in den folgenden Maßnahmen niederschlagen:“

Hier beginnt dann der komplette Unsinn. „Sofortige Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Verwirklichung des Rechts auf Arbeit durch die drastische Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit bei vollem Einkommensausgleich und durch beschäftigungspolitische Maßnahmen.“

Diesem Versprechen liegt doch ganz offensichtlich die Vorstellung vom friedlichen Übergang in den Sozialismus zugrunde. Wenn man sich vorstellt, daß die Revolution eine gewaltsame Sache, eine bewaffnete Erhebung der Volksmassen ist, die, wie die Geschichte gezeigt hat, mit kriegerischen Auseinandersetzungen einhergeht, dann ist nach dieser Revolution wahrscheinlich am allerwenigsten zunächst an eine Verkürzung der Arbeitszeit zu denken. Solche leeren Versprechungen zu machen bedeutet, tatsächlich den schwierigen Weg der Arbeiterklasse bis zu ihrem endgültigen Sieg zu verharmlosen und wirklich auch noch dem Rückständigkeit die Steine aus dem Weg räumen wollen in der Hoffnung, daß er unser Programm anerkennen möge.

Noch unsinniger wird es im letzten Punkt des Maßnahmenkatalogs, in dem es heißt: „Vollständiger Bruch mit der imperialistischen Kriegspolitik und dem Rüstungswahnsinn. Auflösung der Bundeswehr als imperialistischer Armee und Verwirklichung der Volksbewaffnung ... die Erzwingung des Abzugs der US-amerikanischen und aller anderen ausländischen NATO-Truppen, vor allem der Austritt aus dem imperialistischen Kriegspakt NATO ...“

Man muß sich doch tatsächlich fragen, ob die ganze Bundeswehr als imperialistische Armee die Revolution unbeschadet übersteht, um sich danach „auflösen“ zu lassen und ob die US-amerikanischen und alle anderen ausländischen NATO-Truppen sich ruhig und friedlich im Hintergrund halten werden, bis ihr Abzug erzwungen wird — wodurch, möchte man sich da noch zusätzlich fragen.

Der Austritt aus dem imperialistischen Kriegspakt NATO dürfte, nachdem bis dahin alles so friedlich abgelaufen ist, sicher nicht mehr schwer fallen.

Diesen Vorstellungen des Hineinwachsens in die proletarische Macht sollte man die Wirklichkeit, wie sie sich historisch in der Oktoberrevolution oder in der Befreiung Albaniens vom Faschismus und der Gründung der Volksrepublik dargestellt haben, gegenüberstellen.

Man wird feststellen, daß es sich bei dem Maßnahmenkatalog um eine Sammlung „frommer Wünsche“ handelt, die eigentlich jeder fortschrittliche Mensch gerne verwirklicht sähe (aber heute schon bitteschön), die aber nicht unbedingt direktes Ergebnis der sozialistischen Revolution sein müssen.

Im noch geltenden Programm ist unter der Überschrift „In der siegreichen Revolution wird die Arbeiterklasse folgendes Programm verwirklichen“ ein Maßnahmenkatalog aufgeführt, der ausführlicher und konkreter die ersten Maßnahmen nach Errichtung der Diktatur des Proletariats benennt.

Die Bauern als engste Verbündete der Arbeiterklasse und auch die Jugend wurden bei dem Maßnahmenkatalog des Programmentwurfs übrigens schlichtweg vergessen.

Rotfront!
W. H., Allgäu

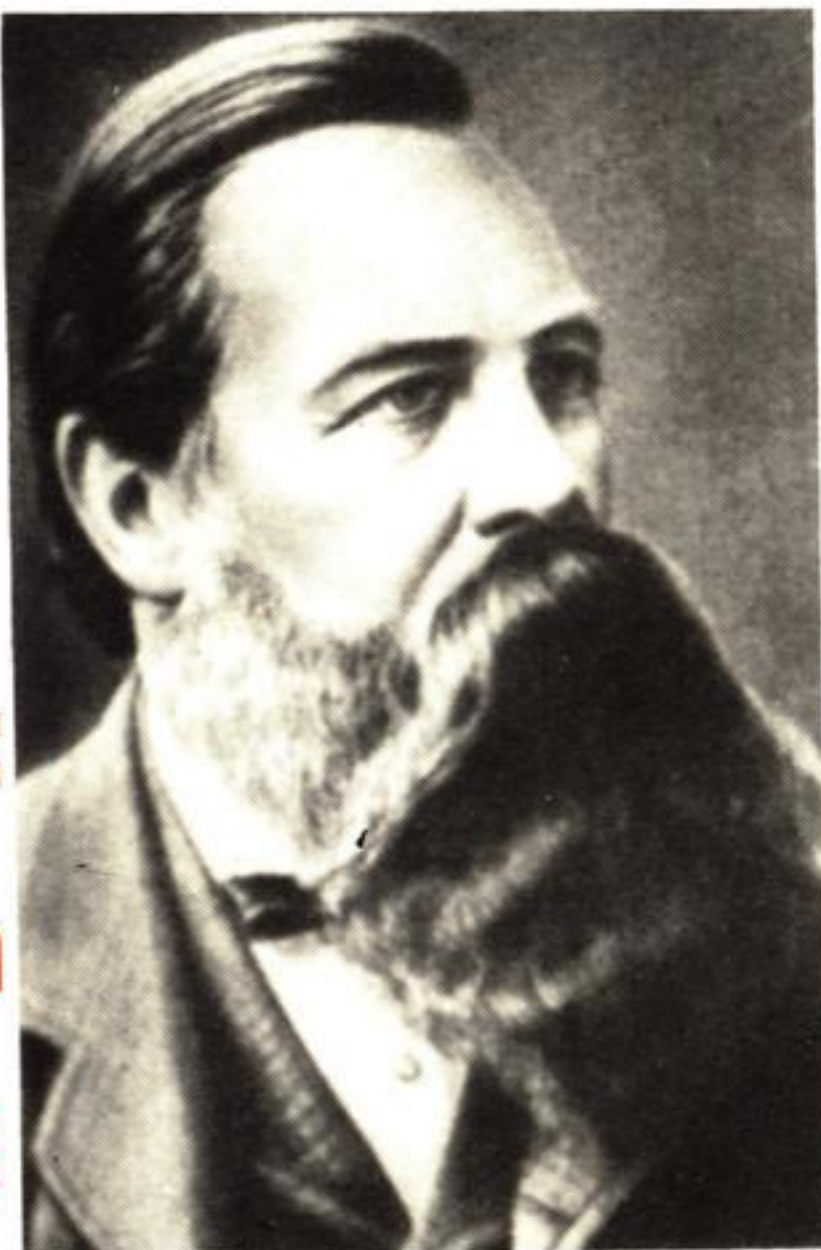
Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name
Vorname
Straße
PLZ/Ort

Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

W. I. Lenin: Friedrich Engels



Zum 90. Todestag von Friedrich Engels

Welch eine Leuchte der Vernunft
ist nun erloschen,
Was für ein Herz
hat aufgehört zu schlagen!

Am 5. August neuen Stils (24. Juli) 1895 verschied in London Friedrich Engels. Engels war nach seinem Freunde Karl Marx (der 1883 starb) der bedeutendste Gelehrte und Lehrer des modernen Proletariats in der ganzen zivilisierten Welt. Seit der Zeit, da das Schicksal Karl Marx und Friedrich Engels zusammenführte, wurde die Lebensarbeit der beiden Freunde zu ihrer gemeinsamen Sache. Um zu verstehen, was Friedrich Engels für das Proletariat geleistet hat, muß man sich daher über die Bedeutung der Lehre und des Wirkens von Marx für die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung völlig im klaren sein. Marx und Engels wiesen als erste nach, daß die Arbeiterklasse mit ihren Forderungen ein notwendiges Produkt der modernen Wirtschaftsordnung ist, die mit der Bourgeoisie zwangsläufig auch das Proletariat erzeugt und organisiert; sie zeigten, daß nicht wohlgemeinte Versuche einzelner edelgesinnter Persönlichkeiten, sondern der Klassenkampf des organisierten Proletariats die Menschheit von den Drangsalen erlösen wird, die sie heute bedrücken. Marx und Engels haben in ihren wissenschaftlichen Arbeiten als erste klargestellt, daß der Sozialismus kein Hirngespinnst von Träumern ist, sondern Endziel und notwendiges Resultat der Entwicklung der Produktivkräfte in der modernen Gesellschaft. Alle geschriebene Geschichte war bis heute eine Geschichte von Klassenkämpfen, worin jeweils eine Gesellschaftsklasse über die andere Herr-

schaft und Sieg gewann. Und das wird so lange dauern, bis die Grundlagen des Klassenkampfes und der Klassenherrschaft verschwinden: das Privateigentum und die regellose gesellschaftliche Produktion. Die Interessen des Proletariats fordern die Vernichtung dieser Grundlagen, und daher muß der bewußte Klassenkampf der organisierten Arbeiter gegen sie gerichtet werden. Jeder Klassenkampf aber ist ein politischer Kampf.

Diese Ansichten von Marx und Engels sind heute Gemeingut des gesamten um seine Befreiung kämpfenden Proletariats. Aber in den vierzig Jahren, als die beiden Freunde an der sozialistischen Literatur mitzuarbeiten und an den sozialen Bewegungen ihrer Zeit teilzunehmen begannen, waren diese Ansichten völlig neu. Es gab damals viele begabte und unbegabte, ehrliche und unehrliche Leute, die, hingerissen vom Kampf um politische Freiheit, vom Kampf gegen die Selbstherrschaft der Monarchen, der Polizei und der Pfaffen, den Gegensatz zwischen den Interessen der Bourgeoisie und denen des Proletariats nicht erkannten. Diesen Leuten lag allein der Gedanke fern, daß die Arbeiter als selbständige gesellschaftliche Macht auftreten könnten. Andererseits gab es viele, zuweilen geniale Träumer, die der Meinung waren, es genüge, die Machthaber und die herrschenden Klassen von der Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu überzeugen: dann würde es ein leichtes sein, Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen zu schaffen. Sie träumten von einem Sozialismus, der ohne Kampf erreicht werden kann. Schließlich

betrachteten damals fast alle Sozialisten und sonstigen Freunde der Arbeiterklasse das Proletariat nur als ein *Geschwür* und sahen mit Entsetzen, wie zugleich mit dem Wachstum der Industrie auch dieses Geschwür wächst. Deshalb zerbrachen sie alle sich darüber den Kopf, wie man die Entwicklung der Industrie und des Proletariats, wie man das „Rad der Geschichte“ aufhalten könnte. Im Gegensatz zu der allgemeinen Furcht vor der Entwicklung des Proletariats setzten Marx und Engels alle ihre Hoffnungen auf das ununterbrochene Wachstum des Proletariats. Je mehr Proletariat, desto größer ihre Kraft als revolutionäre Klasse, desto näher und realer der Sozialismus. Die Verdienste von Marx und Engels um die Arbeiterklasse lassen sich in wenigen Worten so zusammenfassen: sie erzozen die Arbeiterklasse zu Selbsterkenntnis und Selbstbewußtsein und setzten an die Stelle von Träumereien die Wissenschaft.

Daher muß jeder Arbeiter mit Engels' Namen und Leben bekannt sein, und daher müssen wir auch in unserem Sammelband, der ebenso wie alle unsere übrigen Veröffentlichungen den Zweck hat, das Klassenbewußtsein der russischen Arbeiter zu wecken, einen Abriß des Lebens und Wirkens von Friedrich Engels bringen, einem der beiden großen Lehrer des modernen Proletariats.

Engels wurde 1820 in der Stadt Barmen, in der Rheinprovinz des Königreichs Preußen geboren. Sein Vater war Fabrikant. Im Jahre 1838 sah sich Engels durch Familienumstände gezwungen, das Gymnasium vorzeitig zu verlassen und als Angestellter in ein Bremer Handelshaus

einzutreten. Die kaufmännische Berufsarbeit hinderte Engels nicht, an seiner wissenschaftlichen und politischen Bildung zu arbeiten. Schon als Gymnasiast hatte er den Absolutismus und die Beamtenwillkür hassen gelernt. Das Studium der Philosophie führte ihn weiter. Damals herrschte in der deutschen Philosophie die Lehre Hegels, und Engels wurde ihr Anhänger. Obwohl Hegel selber ein Anbeter des absolutistischen preußischen Staates war, in dessen Diensten er als Professor der Berliner Universität stand, war die *Lehre Hegels* revolutionär. Hegels Glaube an die menschliche Vernunft und ihre Rechte und die Grundthese der Hegelschen Philosophie, daß sich in der Welt ein ständiger Änderungs- und Entwicklungsprozeß vollziehe, brachten diejenigen Schüler der Berliner Philosophen, die sich mit der gegebenen Wirklichkeit nicht abfinden wollten, auf den Gedanken, daß auch der Kampf gegen diese Wirklichkeit, der Kampf gegen das bestehende Unrecht und das herrschende Übel im Weltgesetz der ewigen Entwicklung begründet sei. Wenn alles sich entwickelt, wenn die einen Einrichtungen durch andere abgelöst werden, warum sollen dann das autokratische Regiment des preußischen Königs oder des russischen Zaren, die Bereicherung einer verschwindenden Minderheit auf Kosten der übergroßen Mehrheit, die Herrschaft der Bourgeoisie über das Volk ewig währen? Hegels Philosophie sprach von einer Entwicklung des Geistes und der Ideen, sie war eine *idealistische* Philosophie. Sie leitete die Entwicklung der Natur, des Menschen und der menschlichen Beziehungen, der gesellschaftlichen Verhältnisse aus der Entwicklung des Geistes ab. Marx und Engels, die den Hegelschen Begriff des ewigen Entwicklungsprozesses* festhielten, verwurden die vorgefaßte idealistische Anschauung; sie wandten sich dem Leben zu und erkannten, daß nicht die Entwicklung des Geistes die Entwicklung der Natur erklärt, sondern umgekehrt, daß der Geist aus der Natur, aus der Materie zu erklären ist ... Im Gegensatz zu Hegel und anderen Hegelianern waren Marx und Engels Materialisten. Sie betrachteten die Welt und die Menschheit vom materialistischen Standpunkt aus und erkannten, daß ebenso wie allen Naturerscheinungen materielle Ursachen zugrunde liegen, auch die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft durch die Entwicklung materieller Kräfte, der Produktivkräfte, bedingt wird. Von der Entwicklung der Produktivkräfte hängen die Verhältnisse ab, die die Menschen bei der Erzeugung der zur Befrie-

digung der menschlichen Bedürfnisse notwendigen Güter eingehen. In diesen Verhältnissen aber liegt die Erklärung für alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, der menschlichen Bestrebungen, Ideen und Gesetze. Die Entwicklung der Produktivkräfte erzeugt gesellschaftliche Verhältnisse, die sich auf das Privateigentum gründen, jetzt aber sehen wir, wie ebendiese Entwicklung der Produktivkräfte die Mehrheit der Menschen ihres Eigentums beraubt und es in den Händen einer verschwindenden Minderheit zusammenballt. Diese Entwicklung der Produktivkräfte vernichtet das Eigentum, die Grundlage der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, sie strebt selber dem gleichen Ziel zu, das sich die Sozialisten gesteckt haben. Die Sozialisten müssen nur verstehen, welche gesellschaftliche Macht durch ihre Stellung in der modernen Gesellschaft an der Verwirklichung des Sozialismus interessiert ist, und dieser Macht ihre Interessen und ihre historische Mission zum Bewußtsein bringen. Diese Macht ist das Proletariat. Engels lernte es kennen in England, in Manchester, dem Zentrum der englischen Industrie, wohin er 1842 übersiedelte, um als Angestellter in das Handelshaus einzutreten, dessen Teilhaber sein Vater war. Engels verbrachte hier seine Zeit nicht nur im Fabrikbüro — er durchwanderte die schmutzigen Stadtviertel, wo die Arbeiter hausten, und sah mit eigenen Augen ihr Elend und ihre Not. Aber er begnügte sich nicht mit persönlichen Beobachtungen; er las alles, was vor ihm über die Lage der englischen Arbeiterklasse geschrieben worden war, und studierte sorgfältig alle ihm zugänglichen amtlichen Dokumente. Die Frucht dieser Studien und Beobachtungen war das 1845 erschienene Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“. Wir haben oben bereits erwähnt, worin das Hauptverdienst von Engels als dem Verfasser der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ besteht. Auch vor Engels hatten sich sehr viele die Leiden des Proletariats geschildert und auf die Notwendigkeit hingewiesen, ihm zu helfen. Engels aber hat als *erster* gesagt, daß das Proletariat *nicht nur* eine leidende Klasse ist; daß gerade die schmachvolle wirtschaftliche Lage, in der sich das Proletariat befindet, es unaufhaltsam vorwärtstreibt, und es zwingt, für seine endgültige Befreiung zu kämpfen. Das kämpfende Proletariat aber werde *sich selbst helfen*. Die politische Bewegung der Arbeiterklasse werde die Arbeiter unvermeidlich zu der Erkenntnis führen, daß es für sie keinen anderen Ausweg gibt als den Sozialismus. Andererseits werde der Sozialismus nur dann eine Macht sein, wenn er zum Ziel des *politischen* Kampfes der Arbeiterklasse geworden ist. (...)

Dem großen Kämpfer und Lehrer des Proletariats, Friedrich Engels, ewiges Gedenken!

Herbst 1895

* Marx und Engels haben oft darauf hingewiesen, daß sie in ihrer geistigen Entwicklung den großen deutschen Philosophen und insbesondere Hegel vieles verdanken. „Ohne die deutsche Philosophie“, sagt Engels, „gäbe es auch keinen wissenschaftlichen Sozialismus.“

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110
2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr
4800 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931
4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014
4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr
2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr
3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 Kiel 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo u. Fr 18.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Helligewald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474